

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, — Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Brot und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Fremde“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Mit in die Führerwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 10 Pfennig, Reklameweile 5, — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (unabhängig vom fertigen Satz).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 7. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Vom „Brot der armen Leute“.

Schieles neuester Anschlag gegen die Ernährungswirtschaft.

Brotgetreiderückenernung, Wehizollerhöhung, beantragte 50prozentige Steigerung des Zuckersolles, neuer Zoll auf Gefrierfleisch und als Krönung ein Kartoffelzoll von 2 M.: das ist Schieles „nationale Wirtschaftspolitik“.

Dieser neue Anschlag gegen die Volksernährung ist um so empörender, weil es ein Nahrungsmittel trifft, das für Kinder- und Mindestbemittelte von größter Bedeutung ist und daher mit Recht als das Brot der armen Leute bezeichnet wird.

In der Vorkriegszeit gab es daher für Herbstkartoffeln vernünftigerweise überhaupt keinen Zoll; nur Frühkartoffeln unterlagen einem Einfuhrzoll von 2,50 M. pro Doppelzentner.

Die Forderung wird nun in einem Zeitpunkt erhoben, in dem die Kartoffelpreise einen Rekordstand erreichten. Ende April lag die Berliner Großhandelsnotierung mehr als dreimal so hoch wie die des Vorjahres.

Table with 2 columns: Berliner Gr. Er., weiche Kartoffeln 1925/26, per 50 kg, niedr. Rot. 1925/27

Die Preisentwicklung des letzten Jahres führte dahin, daß die verbrauchende Bevölkerung, die 1913 ein Pfund Kartoffeln für 2 1/2 Pf. kaufen konnte, heute dafür 8 1/2 Pf. zahlen muß.

Im Jahre 1924, dem letzten Jahre vor Eröffnung des deutsch-polnischen Zollkrieges, war die Gesamteinfuhr aus Polen 169 000 Tonnen, also nur etwa 1 1/2 Proz. des gesamten Speisekartoffelbedarfs.

Table with 2 columns: polnische Kartoffeln, amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Großhandelspreise

Selbst bei den heutigen deutschen Rekordpreisen würde sich auch bei nur einer Zollbelastung von 50 Pf. pro Doppelzentner der Verkauf polnischer Ware nach Deutschland kaum lohnen.

Kampfgelöbnis der britischen Arbeiter.

Die Regierung verschlechtert ihren Entwurf noch.

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In 20 industriellen Zentren Großbritanniens werden am Wochenende Demonstrationssammlungen der organisierten Arbeiterschaft gegen das Gewerkschaftsgezet tagen.

Der Wortlaut des Gelöbnisses erinnert zuerst an die Leiden, welche die Pioniere der Gewerkschaften in der Vergangenheit auf sich genommen hätten und schließlich wörtlich, wie folgt: „In Erkenntnis der vollen Bedeutung des gegenwärtigen Angriffes auf die Gewerkschaften geloben wir, unermüdet für die volle Ausbreitung der Gewerkschaften zu kämpfen.“

Die Regierung hat am Freitag im Unterhaus zwei Abänderungsanträge zum Gewerkschaftsgezet eingebracht, die eine gleiche Behandlung von General-Ausperrungen und Sympathie-Ausperrung durch Unternehmer als Gegenstück zum Verbot des General- und Sympathie-Streiks vorsehen.

Streik als ungesetzlich erklärt, der geeignet ist, „der Allgemeinheit beschwerlich zu fallen“.

Die Disziplin der Arbeiterfraktion im Kampfe gegen das Gewerkschaftsgezet geht aus der Tatsache hervor, daß bei der am Donnerstag nacht erfolgten Abstimmung über die zweite Lesung des Gesetzes kein einziges Mitglied der Arbeiterpartei unentschuldig gefehlt hat.

Verurteilung des Bergarbeiterführers Smith.

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der britischen Bergarbeiter, Herbert Smith, der von einem Schiffs- und Kohlenbergwerksunternehmer wegen Verleumdung (?) angeklagt worden war, wurde vom Gericht zur Zahlung von ein- tausend Pfund Sterling verurteilt.

Die Hankauregierung wird umgebildet

Kommunisten ausgeschifft. — Zusammenbruch der kommunistischen Chinapolitik.

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ stellt fest, daß nach seinen Informationen für die nächsten Tage der Zusammenbruch oder die völlige Umbildung der Regierung von Hankau im Sinne des rechten Flügels der Kuomintangpartei und des Ausschlusses der Kommunisten zu erwarten ist.

London so gedeutet, daß man in Regierungskreisen bis dahin eine Klärung der hankauer Regierungsfrage erwartet.

Kommunistischer Vormarsch.

London, 6. Mai. (W.B.) Reuter meldet aus Schanghai, man glaube zu wissen, daß kommunistische Streitkräfte auf Swatow vorrückten, um die Stadt in Brand zu setzen.

Das Schicksal der Frau Borodin.

Peking, 6. Mai. (Reuter.) Frau Borodin und die drei Kuriere, die an Bord des „Pamiat Penina“ gefangen genommen wurden, sowie die Russen, die bei der polizeilichen Durchsuchung der Rebengebäude der Sowjetbotschaft in Peking verhaftet wurden, werden sobald als möglich von einem ordentlichen Gericht abgeurteilt werden.

schaffensrats wird der Handelsumsatz in Wirklichkeit fast doppelt so hoch sein — kann ohne jede Schwierigkeit von Polen allein geliefert werden, und diese Tatsache bedeutet also, daß Polen es in der Hand hat, die deutschen Kartoffeln vom deutschen Markt völlig zu verdrängen.

Früher wurde jedoch sachgemäß berichtet, daß das letztjährige polnische Ernteergebnis nicht einmal für die volle Deckung des polnischen Inlandsbedarfs ausreichte.

Nun zur Frage der holländischen Konkurrenz und der Einfuhr von belgischen und italienischen Frühkartoffeln. Die Gesamteinfuhr an ausländischen, nichtpolnischen Kartoffeln ist zwar im Steigen begriffen.

Der Grund für die Notlage, in der sich der mit deutschen Kartoffeln besaffende Teil des Handels, sowie namentlich auch die deutsche Landwirtschaft befindet, liegt in der Qualitäts-Differenz zwischen ausländischen und einheimischen Sendungen.

Die — insgesamt nur geringfügige — Konkurrenz der Auslandskartoffeln hat, wie die Agrarier selbst zugeben, ihren Grund in der minderwertigen Qualität der speziell von den norddeutschen Erzeugergebieten nach dem Industriegebiet verladenen Kartoffeln.

nicht nur ein Monopol auf dem inneren Markt schaffen, sondern auch jede beliebige Qualität den Verbrauchern zumuten. Um noch eine Prämie für geringfügige Sorten einzuheimen, verlangt sie Aenderung der Kartoffelzölle gegenüber Holland, Belgien und Italien.

Kartoffelpreise und Kartoffelzoll sind für die Verbraucherschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Die Preissteigerung gegenüber dem vorigen Jahr bedeutete bei einem Verbrauch der städtischen Arbeiterschaft und des Mittelstandes von etwa sechs Millionen Tonnen bereits einen Mehraufwand von etwa 180 Millionen Mark.

Zur gleichen Zeit, zu der so in Deutschland die Lebenshaltung durch die rückwärtslose Interessenpolitik der Agrarier ständig verteuert wird, hält der Sprecher der deutschen Delegation auf der Weltwirtschafts-Konferenz, der deutsche Unternehmer v. Siemens, es für nötig, vor dem Forum der Weltwirtschafts-Konferenz zu bemerken, daß das deutsche Lohnniveau für die Industrie, die im vergangenen Jahre in fast allen Zweigen Rekordgewinne erzielte, schwer tragbar sei.

Bayerische Würdelosigkeit.

Finanzminister Krausneck auf der Geldsuche in Amerika.

Bayern braucht Geld. Zu diesem Zweck versucht es seit längerer Zeit, eine größere Anleihe in den Vereinigten Staaten abzuschließen. Während aber bei den meisten Anleiheabschlüssen die amerikanischen Geldgeber sich mit ihren Gläubigern in deren eigenen Ländern verhandeln, bestanden sie in diesem Falle darauf, daß der bayerische Finanzminister Krausneck persönlich nach Amerika komme, um die Einzelheiten dieses Anleihegeschäftes dort festzusetzen. Wie nun aus New York gemeldet wird, war Krausneck am Donnerstag Gast amerikanischer Bankiers und hielt dabei eine Rede, in der er sich in geradezu widerwärtiger Weise seinen geldspendenden Gastgebern anbot. Zunächst schmeichelte er sich nicht, die deutsche Reichsverfassung zu kritisieren, indem er die amerikanische Verfassung wegen ihres angeblich föderalistischen Charakters als Muster pries, von dem Deutschland lernen könnte. Dabei hat sich gerade Amerika in Washington eine Zentralgewalt geschaffen, die so ausgeprägt und beinahe diktatorisch ist, daß dorteben die Welmarer Verfassung unvergleichlich föderalistischer anmutet als die amerikanische. Der Herr Krausneck, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, hätte nur die Amerikaner fragen sollen, was sie z. B. dazu sagen würden, wenn einer der amerikanischen Staaten von Leuten regiert sein würde, die offen monarchistische Tendenzen hegen und die republikanische Staatsform leugnen, wie es in Bayern fortwährend sogar durch amtierende Minister geschieht. Man würde ihn dort einfach ausgemacht haben, weil so etwas in einem modernen Kulturstaat einfach undenkbar und eben nur in Bayern möglich ist. Ueberhaupt nehmen wir an, daß Herr Krausneck sich in Amerika wohl gehütet hat, Propaganda für die Wittelsbacher zu machen, weil das ihm und seinen Anleiheplänen sehr schlecht bekommen wäre.

Darüber hinaus lobte Krausneck den Dawes-Plan in einer Weise, die den kühnsten Vertreter des Sachverständigenausschusses in Deutschland widerwärtig erscheinen wird. Er sprach von einer „förmlich und bis ins letzte Detail durchdachten Maschine“, die „für alle Zeiten eine glorreiche Seite in der Geschichte des wirtschaftlichen Aufbaues“ darstelle. Nun bedeutet zweifellos der Dawes-Plan einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber den ersten sinnlosen Reparationsforderungen der Entente. Das war auch der Grund, weshalb die Linksparteien unter Führung der Sozialdemokratie sich für die Annahme der Dawes-Befehle im Sommer 1924 einsetzten. Ein solches Loblied auf das Werk der Sachverständigen ist aber auf deutscher Seite niemals angestimmt worden. Dies blieb dem Minister einer Koalition von Bayerischen Volksparteikern und Deutschnationalen vorbehalten. Die Art, wie Minister Krausneck sich aus Anlaß seiner Anleihereise bei den Vertretern des amerikanischen Finanzkapitals einzuschmeicheln versucht, ist ebenso plump wie würdelos.

Seht willen wir wenigstens, wie die uns so oft von bayerischer Seite empfohlene nationale Würde in der Praxis aussieht.

Noch ein „Reiniger“!

Wieder eine geborstene deutschnationale Säule.

Es ist doch wahrlich kein Staat zu machen mit diesen deutschnationalen Ehrenmännern. War da in Nordhausen ein Willkom Neuert als Direktor des deutschnationalen Blattes. Tagtäglich rühmte er sich seiner weißen Weste, die rein geblieben sei in dieser Zeit der allgemeinen Korruption in der Republik.

In dem Kampf gegen den Landrat, Genossen Knodt, stand er an der Spitze und es verging kein Tag, an dem das von ihm geleitete Blatt nicht die Beseitigung des sozialdemokratischen Landrates forderte, weil er eine „Quelle der Korruption“ sei.

Daß das Gerichtsverfahren gegen den Genossen Knodt eingeleitet wurde, ist nicht zum letzten auf die Hege dieses Direktors Neuert zurückzuführen. Genosse Knodt wurde aber freigesprochen. Nichts von den deutschnationalen Behauptungen wurde erwiesen.

Neuer Hakenkreuzterror.

17 Nationalsozialisten — 4 Kommunisten verhaftet.

Am Kurfürstendamm zwischen der Bleibtreu- und Uhlandstraße kam es gestern abend gegen 10 Uhr zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer Schlägerei, bei der auch gänzlich unbeteiligte Passanten angegriffen wurden. Bei Reaktionserschlagung war näheres über den Umfang des Zusammenstoßes nicht zu erfahren. Insgesamt wurden 21 Personen, davon 17 Nationalsozialisten und 4 Kommunisten von der Polizei verhaftet und der Abteilung Ia im Polizeipräsidium zugeführt. Es wurden wieder zahlreiche Waffen, Steine (!) usw. vorgefunden und beschlagnahmt. Einige Personen sollen erhebliche Verletzungen davongetragen haben.

Es sind auch Schüsse gefallen, vermutlich von beiden Seiten. Eine Person soll verletzt sein.

Aber das Blatt hat sich sehr gewendet. Vor einigen Tagen hat der Staatsanwalt in Nordhausen gegen den deutschnationalen Reiniger des öffentlichen Lebens einen Haftbefehl erlassen, weil Herr Neuert sich harnackig seiner Ladung entzieht. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Neuert ein ganz gewöhnlicher Betrüger ist. Armen Frauen spiegelte er hohen Zinsgenuss vor und brachte ihre Spargroschen an sich, um sie zu vergeuden. Warenlieferungen verfisherte er sofort nach Erhalt wieder, ohne daß sie in sein Eigentum übergegangen waren. Und in diesen Fällen so fort ging er weiter auf Schwindlers Wegen.

Während sich seine Stahlnemkeraden zum Marsch auf Berlin in Bewegung setzen, wird ihr Ehrenmitglied Neuert durch die Polizei in Marsch Richtung Gefängnis geschickt. Derselbe Mensch, der nicht genug Schmutz auf die Sozialdemokratie werfen konnte, sieht heute als Betrüger an einer ganzen Reihe armer Leute da. Doch die Deutschnationalen können sich trösten, er ist ja nur einer in der Galerie solcher nationaler Ehrenmänner.

Tenholt wird strafverurteilt.

Mildes Urteil gegen den Schuhherrn des Raubmörders Schröder.

Magdeburg, 6. Mai. (M.B.) In dem Disziplinarverfahren gegen den Magdeburger Kriminalkommissar Tenholt wurde heute abend nach dreitägiger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautet auf Verurteilung in ein anderes Amt unter Erstattung der Umzugskosten. Dieser Spruch erfolgt wegen einiger dienstlicher Unterlassungen Tenholts im Laufe der von ihm geführten kriminalpolizeilichen Untersuchung. Der Hauptpunkt der Anklage, daß Tenholt sich angeblich von antisemitischen Rationen habe leiten lassen, wurde fallengelassen.

Wie erinnertlich, ist Landgerichtsdirektor Bowersdorff seinerzeit wegen der Verbindung mit dem Magdeburger Ober-Prozess gemachten Äußerungen von der Disziplinarkammer am Oberlandesgericht Naumburg zu einem Verweis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl Landgerichtsdirektor Bowersdorff als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Am Mittwoch hat nun der große Disziplinarsenat am Kammergericht beide Berufungen verworfen. Ebenso bleibt es bei dem Disziplinaturteil gegen den Landgerichtsrat Schulze.

Für Sacco-Vanzetti.

Löbe bittet Coolidge um ihre Begnadigung.

Wie wir erfahren, hat Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe telegraphisch und schriftlich den Präsidenten der Vereinigten Staaten gebeten, die zum Tode verurteilten Italiener Sacco und Vanzetti vor der Hinrichtung zu bewahren.

Völkerbundversammlung am 5. September.

Durch Stresemann einberufen.

Genf, 6. Mai. (M.B.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundesrates die achte ordentliche Völkerbundversammlung auf den 5. September einberufen. Die Tagesordnung umfaßt 25 Punkte und enthält außer der Neuwahl von den auscheidenden drei nichtständigen Ratsmitgliedern (Tschechoslowakei, Salvador und Belgien) eine von England im vorigen Jahr angeregte grundsätzliche Aussprache darüber, welche Fragen in das Tätigkeitsgebiet des Völkerbundes gehören sollen und welche nicht.

Der Teplitzer Parteitag.

Stampfers Begrüßungsrede.

Teplitz-Schnau, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend wurde der Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik vom Vorsitzenden der Partei, Dr. Ludwig Czoch, eröffnet. Von den auswärtigen Delegierten sprach als erster der Vertreter der Sozialdemokratie Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Genosse Stampfer, der mit stürmischem Beifall empfangen und bedankt wurde; er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß überall in Deutschland und anderwärts die Arbeiterchaft mit den Bürgerbläsern abrechnen wird, daß dem Wahlsieg der deutschösterreichischen Genossen Wahlsiege der Sozialdemokratie in den anderen Ländern folgen werden. Die Kommunisten sind in Deutschland daran, die von ihnen vorgeblich propagierte Einheitsfront des Proletariats zu verwirklichen, indem die kommunistische Partei sich selbst vernichtet. Die Sozialdemokratie aber wird bestehen und vorwärts marschieren. Mit tiefem Verständnis bespricht Stampfer die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei und gibt der Hoffnung Ausdruck auf eine baldige Verständigung zwischen Volk und Volk in der Tschechoslowakei und auf gemeinsame Arbeit der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten. Nach Stampfer sprach Nationalrat Genosse Dr. Julius Deutsch-Wien, der den Gruß der siegreichen deutschösterreichischen Sozialdemokratie überbrachte, ferner Abg. Genosse Cayulski-Warschau und dann als Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie Genosse Senator Dr. Soukup. Der Ausdruck seiner Ueberzeugung und seines Wunsches, daß die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei bald in gemeinsamer Front kämpfen werden, löste den stürmischen Beifall des Kongresses aus. Diese Begrüßungsansprachen und die nachfolgenden Reden der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Polens und der polnischen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei gestalteten den Begrüßungsabend zu einer großen internationalen Kundgebung, der natürlich auch die Grüße der Internationalen nicht fehlten. Der Parteitag, der den Genossen Dr. Czoch zum Vorsitzenden wählte, wird morgen seine ordentlichen Beratungen beginnen.

Die bulgarische Polizei verurteilt in dem „Asien-Europa-Dienst“ der Telegraphen-Union den aus Sofia ausgewiesenen Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, er habe Schecks für Kommunisten mitgebracht. Wahr ist dagegen, daß Rosenfeld selbstverständlich Geld in Form eines Scheckbuchs bei sich hatte, zumal er längere Zeit auf dem Balkan bleiben wollte. Dieses Geld war für ihn, aber nicht für Kommunisten bestimmt.

Die Besonderenaktion in Ostoberschlesien. Die Schulabteilung der Bojewtschenschaft hat nun auch in Kattowitz, wie lehrlich in Königsbrunn, sechs deutschen Lehrkräften im Lyzeum und im Gymnasium gelündigt.

Der Mörder des Lodzer Stadtpräsidenten, Walaschek, ist zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Ein Gnadenbesuch hat der Staatspräsident sofort abgelehnt. Das Urteil wird wahrscheinlich heute nacht vollzogen werden.

200 Aufständische in Mexiko getötet. Aus Guadaluajara wird gemeldet, daß 200 Aufständische in einem Gefecht mit Bundesstruppen gefallen sind.

Die Katastrophe am Mississippi.

Der Vater der Ströme, der gewaltige Mississippistrom, der über 6500 Kilometer lang ist, den Rhein also um das Sechsfache an Länge übertrifft, der die ganze Südost-Küste des nordamerikanischen Kontinents in ein einziges fruchtbares Paradies verwandelt, verbreitet plötzlich Tod und Verderben.

Die gewaltigen Wassermassen des Mississippi, der mit seinen Nebenflüssen ein Stromgebiet von 3 Millionen Quadratkilometern bedeckt, ein Gebiet, das siebenmal größer ist als das ganze deutsche Reich, haben seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten, in alljährlichen Ueberschwemmungen, fast nach dem Muster des Nils ein fruchtbares Mündungsdelta angeschwemmt, das einen Raum von 10000 Quadratkilometern bedeckt. Der Mississippi selbst entspringt in der Nähe des Oberen Sees, des nördlichsten der 3 großen nordamerikanischen Seen in den Vorbergen der Rocky-Mountains. Er selbst ist also von der Schneeschmelze nicht allzu stark betroffen, aber seine drei gewaltigen Nebenflüsse, der Missouri, der vom Kamme des Felsengebirges herabfließt, und selbst eine Länge von 4900 Kilometer erreicht, bevor er sich bei St. Louis in den Mississippi ergießt, der wilde Arkansas und der Red River bringen ungeheure Wassermassen von den Bergen herab in die Tiefebene. Dazu kamen tagelange, wochenlange Regengüsse und immer weiter schwofen die Wassermassen an, immer höher stieg der Wasserpiegel, immer näher rückte die Katastrophe.

Die letzten 300 Kilometer des Mississippi bilden ein einziges großes Mündungsdelta, d. h. mit deutschen Verhältnissen verglichen, daß die Mündung der Elbe bereits bei Berlin beginnt und sich in ihrer Breite von Stralsund bis Braunschweig erstrecken würde. Dies Mündungsdelta bedeckt also einen Raum, der dem Gebiet von Vorpommern, ganz Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und einem Teil von Schleswig-Holstein entspricht. Dieses Mündungsdelta liegt auch in normalen Zeiten kaum wesentlich höher als der Wasserpiegel des Mississippi. Gewaltige Deiche schützen Land und Ansiedlungen vor den drohenden Wassermassen des Stromes. Die Stadt New Orleans, die sich etwa 177 Kilometer von der Mündung entfernt am Hauptarm des Stromes befindet, liegt sogar den größten Teil des Jahres mit ihrem Strohhenniveau unter dem Wasserpiegel des Mississippi. New Orleans ist das Zentrum des amerikanischen Baumwollhandels. Das gewaltige Tal des Mississippi und seiner Nebenflüsse ist das größte Baumwollgebiet Nordamerikas. Unübersehbare, gewaltige Flächen sind mit Baumwolltauben bedeckt, mit gewaltigen Maschinen der modernen Agrarkultur werden diese Baumwollfelder bestellt. Millionen von Menschen leben von ihnen, Milliarden von Dollar werden alljährlich hier aus dem Erdboden für die amerikanische Wirtschaft gewonnen.

Oben waren die Felder bestellt, da roste die große Flutwelle an. Für europäische Verhältnisse ist die Wucht dieser ungeheuren Wassermassen unvorstellbar. Aber selbst die bewanderten

amerikanischen Ingenieure haben diesmal die Wucht der Elemente unterschätzt. Zwar die Deiche hielten und die Farmer konnten ruhig auf der Dammkrone in die wilden Fluten des Mississippi schauen: im Rücken lagen gesichert ihre Baumwollfelder, ihre Häuser.

Da kam von der Mündung her aus New Orleans die Schreckensnachricht: „Nach wenige Zentimeter des Steigens und die Wassermassen überfluten die Dammkrone, eine Stadt von 500000 Einwohnern, erfährt erbarmungslos in den wilden Fluten des Vaters aller Ströme!“ Die amerikanische Regierung griff ein. Ein Ueberschwemmungsdiktator wurde ernannt, aber ein Unglück jagte das andere. Am Arkansas brachen die Deiche und die Fluten sehten den ganzen Südoften des Staates Arkansas unter Wasser, immer weiter stieg die Flut. Noch immer war der Höhepunkt, die Scheitelmelle, nicht abzusehen. In wenigen Tagen mußte New Orleans das Opfer der Ueberschwemmungskatastrophe sein. So entlich sich der Ueberschwemmungsdiktator zum letzten, äußersten Mittel, er beschloß, die Dämme oberhalb der Stadt zu sprengen und die Wassermassen in die Baumwollplantagen zu leiten. Die Farmer, die noch eben mit stolzer Sicherheit auf ihren festen Deichen Wacht gehalten hatten, mußten plötzlich erfahren, daß um des Wohls der Stadt willen ihre Baumwollernie im Wert von vielen Millionen geopfert werden sollte. Sie scharten sich zusammen, beschloßen ihre Deiche zu schützen, Regierungstruppen mußten aufgebieten werden, gewaltsam das Gebiet, das den gierigen Wassermassen ausgeliefert werden sollte, zu räumen. Auf den Ueberschwemmungsdiktator, den Staatssekretär Hoover, fielen Schüsse, als er die für die Sprengung des Mississippibeckens in Aussicht genommene Stelle bei Baydras besichtigte.

Dann flogen durch einen Druck auf den elektrischen Taster 800 Kilogramm Dynamit und tausende von Kubikmetern des Erdreichs der Deiche in die Luft.

Die Wassermassen stürzten in die wohlbestellten Baumwollplantagen, alle Erntehoffnungen grausam vernichtend. 48 Stunden hielt ganz Amerika den Atem an. „Hat das Opfer sich wenigstens gelohnt, ist New Orleans gerettet?“ Endlich kam die Nachricht vom Sinken des Wasserpiegels in der Halbmillionenstadt. Aber noch war die Wucht der Elemente nicht gebrochen, neue, unvorhergesehene Deichbrüche ereigneten sich, neue gewaltige Gebiete wurden von den Fluten überflutet. Nach Millionen zählten heute die heimatlosen Flüchtlinge, nach Milliarden Dollar der Schaden. Schon kommen die Keilungen von epidemischen Krankheiten und Seuchen aus den Flüchtlingslagern. Amerika erzittert unter einem einzigen großen Hellschrei, selbst die Katastrophe des japanischen Erdbebens hatte nicht so furchtbare Folgen gezeitigt, wie die rasenden Wassermassen des Vaters der Ströme.

Keiner wollte „Abret“ werden. Vor einigen Tagen starb der englische Vizekonsul, der als Vincenz Comdray gedient worden war. Dieser Mann hat einmal einen Thron, den man ihm angeboten hatte, ausgeschlagen. Ein Freund des Verstorbenen er-

innerte den Berichterstatter eines Londoner Blattes daran, daß man Lord Comdray seinerzeit Würde und Titel eines Königs von Albanien angeboten hätte. Es geschah dies vor dem Weltkrieg. „Er sprach mir über diese Angelegenheit, die er nur als einen Scherz aufgefaßt hatte“, bemerkte Comdrays Freund. „Eine Abordnung aus Albanien war zu ihm nach London gekommen, um ihm offiziell die Königswürde anzutragen. Die Herren führten dabei aus, daß Albanien zwar ein sehr unruhiges Land sei, daß es aber einem energischen Mann zweifellos gelingen würde, geordnete Zustände zu schaffen. Ohne einen Augenblick zu schwanken, lehnte Lord Comdray das Anerbieten ab. Die Geschichte dieses Anerbietens wurde nur wenigen vertrauten Freunden bekannt.“ Der Thron Albanien ist, wie man sich erinnert, wiederholt feilgeboten worden. Erst vor zwei Jahren wurde er, wie das Londoner Blatt bemerkt, zwei anderen Engländern offeriert, nämlich Lord Horder und Sir G. A. Watkin Hamilton, die sich beide zum Islam bekennen, die aber ebenfalls die Ehre, König von Albanien zu werden, etwas zweifelhaft fanden. Auch drei Amerikaner, unter ihnen der Oelmagnat und Rennstallbesitzer Harry Sinclair, ein Türke und Prinz Sigis de Bourbon-Parna, waren als Herrscher von Albanien in Aussicht genommen worden.

29 Bücher in einer Zigarrenschachtel. Eine Ausstellung der kleinsten Bücher der Welt war in London zu sehen. 29 kostbar gebundene Werke konnten bequem in einer gewöhnlichen Zigarrenschachtel untergebracht werden. Unter diesen winzigen Meisterwerken des Buchdrucks befand sich ein Exemplar von „Galileo“, das für das kleinste italienische Buch gilt, das je mit beweglichen Lettern gesetzt wurde. Dieses Miniaturbuch mißt $\frac{1}{4}$ Zoll zu $\frac{1}{4}$ Zoll. Noch bewundernswürdiger ist ein handgeschriebener Koran, der vor einiger Zeit in Bagdad gefunden wurde. Dieses achtbändige Buch ist mit indischer Tinte auf ein sehr weiches Papier geschrieben und der Text ist deutlich lesbar, obwohl das Buch von einem englischen Halbkronenstück bedeckt werden kann. Der Riese unter diesen Miniaturbüchern der Buchkunst ist eine Bibel, die $1\frac{1}{2}$ Quadratzoll groß ist; nach ihr kommt ein Druck von Dantes „Göttlicher Komödie“ mit einem Quadratzoll Größe. Ein neues Testament, das nur $\frac{1}{8}$ eines Quadratzolls groß ist, wird, wie ein kostbarer Schmuck, in einem schönen Samtkästchen bewahrt; der Druck ist so deutlich, daß man den Titel und die Ueberschriften ohne Schwierigkeiten mit blohem Auge lesen kann. Eine andere Bibel in rotem Lederband, die nicht ganz ein Quadratzoll groß ist, ist mit einem kleinen Vergrößerungsglas ausgestattet, das ein genaues Studium der Typen und Bilder gestattet. Das kleinste Buch, das auf dieser Ausstellung der Bibliothek von London gezeigt wurde, soll überhaupt das kleinste Buch der Welt sein; es enthält zwischen den reichverzierten Lederdeckeln 40 Seiten, von denen jede nur so groß ist, daß das Viertel eines Tennistisches sie bedeckt, und doch sind die Buchstaben ohne Glas deutlich lesbar.

Die Hundsjahrfeier für den Chemiker Berthelot wurde in der Sonne begangen. Minister Painlevé zeichnete ein Bild des Gelehrten.

Die Goethe-Reliquien wieder in Frankfurt. Nach 15jähriger Abwesenheit sind die Reliquien des Arztes in Ehren beschlagnahmten deutschen Operetten-Komponisten, darunter auch wertvolle Briefe, wieder ins Goethe-Museum eingeleitet worden. Sämtliche Gegenstände sind, soweit festgestellt wurde, wohl erhalten und in gutem Zustande.

Das Verbot der Nationalsozialisten.

Die amtliche Begründung.

Die Begründung des Verbots der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hat folgenden Wortlaut:

Seit Mitte Oktober 1926 haben in Groß-Berlin Mitglieder der aufgelösten Organisation in etwa 30 Fällen zum Teil plan- und bandenmäßig Angehörige der gegnerischen Organisationen und auch sonstige politisch Andersdenkende überfallen, Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen, sich der Körperverletzung schuldig gemacht, den Polizeibeamten Widerstand geleistet, fremdes Eigentum gewaltsam beschädigt und geraubt, Eisenbahn- und Straßenbahnzüge sowie Leben und Gesundheit unbeteiligter Ertragspostanten gefährdet, unbefugt Schuß- und andere gefährliche Waffen mit sich geführt und gebraucht und durch ihre Handlungen den öffentlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in stetig steigendem Maße bedroht, sowie die Strafgesetze, insbesondere die Paragraphen 110, 113-116, 120, 123-127, 130, 132, 135, 223, 240, 242, 257, 303 des Strafgesetzbuches in größtmöglicher Weise verletzt. Es handelt sich dabei nicht um das Verhalten einzelner Mitglieder, sondern um das im Zusammenhang mit dem Vereinsleben geübte Verhalten, wenn nicht der gesamten, so doch eines sehr großen Teiles der Mitglieder der aufgelösten Vereinigung, die ihre strafgesetzwidrigen Handlungen unter dem Einfluß der in den aufgelösten Vereinen führenden Personen in Befolgung der von diesen Führern ausgehenden Parolen und in der vermeintlichen Erfüllung von Vereinszwecken begangen haben. Sie waren mithin „bezweckt“.

So hat insbesondere der Geschäftsführer der Organisation Dr. Goebbels seit Aeberrahme seines Amtes November 1926 die Mitglieder der angeführten Organisation immer wieder zu einem strafbaren, gegen die Gesetze verstoßenden Verhalten aufgefordert.

In dem von Dr. Goebbels für die Sportabteilung herausgegebenen „Zehn Gebote“ heißt es unter 9: „Widerstand gegen die Polizei und gegen die Staatsgewalt ist heute immer Unstimm, weil du ja doch in jedem Falle der Unterlegene bist, gleichgültig, ob du recht oder unrecht hast. Der Staat rächt sich an dir und uns mit Gefängnis und hohen Geldbußen. Darum, wenn es nicht anders geht, läge dich der Staatsgewalt, aber tröste dich, wir rechnen später einmal ab.“

Dr. Goebbels will durch diese Worte in den Mitgliedern seiner Organisation nicht nur die Auffassung erzeugen, daß sie vom Staate verfolgt und zu Unrecht behandelt werden, indem der Staat sich an ihnen rächt, sondern er deutet hiermit zugleich auf das von der Bewegung erstrebte Ziel der

Zerstörung des heutigen Staates

hin. Ebenso forderte Dr. Goebbels in nicht mißzuverstehender Weise auf einer am 10. Oktober 1926 in Potsdam veranstalteten Tagung die Parteimitglieder zur Mitarbeit an der Zerstörung des heutigen Staates auf.

In den von Dr. Goebbels herausgegebenen nationalsozialistischen Briefen, Brief Nr. 37 vom 1. April 1927, empfiehlt Dr. G. den Versammlungsleitern bei Redungen gegnerischer Personen zur Geschäftsordnung, diesen zu erwidern: „Sollten Sie noch einmal wagen, den ruhigen und sachlichen Verlauf der Versammlung zu stören, so kann ich nicht dafür garantieren, ob Sie nicht durch eine zweckentsprechende Kopfmassage wieder zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft gemacht werden.“ Auch hier eine unverhüllte Aufforderung an die Mitglieder, in solchen Fällen gewalttätig vorzugehen.

Die Absicht eines gewalttätigen Vorgehens spricht Dr. Goebbels auch in seinem Buche „Wege ins dritte Reich“ offen aus, indem er hier erklärt:

„Wie erobern in jedem wichtigen Gau Hochburgen der Bewegung, von wo wir dann ungehindert in dem Beiz der Macht und der Straße die Arbeit auf das platte Land ausdehnen können.“

Der Sozialismus muß so ausgebaut sein, daß die Versammlungen unter allen Umständen bis zum Ende durchgeführt werden können (Seite 17). Die Dominante (rationaler) Ausdruck für das deutsche „Beherrschung“. Die Red. der Straße ist die nächste Antwortkraft auf den Staat. Wer seiner Weltanschauung mit Terror und Brutalität gegen alle Gewalt nach außen trägt, wird einst die Macht und damit das Recht haben, den Staat zu stürzen, für den man nur nach der Feststellung und staatlich geschützten Betätigung demonstriert“ (Seite 27). Und daß dieser Wille nicht nur für Dr. Goebbels, sondern für die ganze Bewegung zu gelten hat, erhellt aus Seite 16 des Buches, auf der es heißt, daß die verantwortlichen Gauleiter und Versammlungsleiter ihre ganze Tätigkeit auf die vorher erwähnten Punkte zu konzentrieren haben.“ In Nummer 35 der nationalsozialistischen Briefe sind ferner drei Beschlüsse veröffentlicht, die im Falle einer Errichtung des nationalsozialistischen Staates, des sogenannten Dritten Reiches, zu erlassen wären.

Da solche Vereinszwecke den Strafgesetzen zuwiderlaufen, ist die Auflösung gerechtfertigt.

Nach diesem Wortlaut der Begründung ist der Polizei höchstens der Vorwurf zu machen, daß sie so lange mit dem Verbot der Nationalsozialistischen Partei gewartet hat. Wie so oft war ein im Verhältnis zu den programmatischen Zielen der Organisation geringfügiger Vorgang der Anlaß zu einer Maßnahme, die längst fällig gewesen ist.

Die Polizei wird jetzt ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß die verbotene Organisation des organisierten reaktionären Terrors nicht unter anderer Firma wieder auflebt und ihren Terror weiter betreibt. Die republikanische Bevölkerung hat die Möglichkeit, dieses Treiben zu verhindern. Sind doch die Nationalsozialisten an ihren jetzt ebenfalls verbotenen Abzeichen — schwarzes Hakenkreuz auf rotem Grund — leicht zu erkennen, ganz abgesehen davon, daß ihre persönliche Propaganda mit den Böbeleien und Unstimmigkeiten gegen die Republik meist deutlich genug ist, um sie selbst von durchsichtlichen deutschnationalen Reaktionen zu unterscheiden.

Ersatzkassen und Arbeitslosenversicherung.

Eine abgewehrte Ueberrumpelung.

Der soziale Ausschuß des Reichstags sollte gestern morgen in die Beratung der Organisationsfrage der Arbeitslosenversicherung eintreten. Genosse Aufhäuser erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich auf dem Boden einer zentralen Reichsorganisation stehe, wie sie im § 1 nimmehr vorgesehen ist. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge bezwecken, daß eine Reichsbureaukratie und eine wirkliche Selbstverwaltung mit maßgeblichem Einfluß der Versicherten geschaffen wird. Die Arbeitsämter müssen im Rahmen der Reichsorganisation ihr Eigenleben haben, d. h. in lebendigem Zusammenhang mit den Vorsitzenden bleiben und das Vorschlagsrecht für ihren Haushaltswort haben.

Die sozialdemokratische Fraktion hätte also heute dem § 1 als Grundlage zugestimmt, wenn nicht im letzten Augenblick, d. h. zwei Minuten vor Beginn der Sitzung eine Eingabe des sogenannten Siebenerausschusses der bürgerlichen Angestelltenverbände verteilt

Nationalisierung und Achtstundentag.

Arbeitsfragen auf der Wirtschaftskonferenz.

Genf, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagvormittagsung der Weltwirtschaftskonferenz trat der Portugiese Cunha Real für die Freihandelsidee ein und wies dabei auf den Punkt 3 der 14 Punkte Präsident Wilsons hin, in denen der Abbau der Wirtschaftsschranken gefordert wird. Der amerikanische Nationalbankdirektor Robinson, ehemals Mitglied der Dawes-Kommission, verbreitete sich auch über

die amerikanische Nationalisierung,

welche die Wirtschaft durchdrungen habe und die ihm der stärkste Faktor der gegenwärtigen Prosperität Nordamerikas zu sein scheine. Die Arbeiter, die anfänglich gegen die Nationalisierung gewesen seien, hätten bald eingesehen, daß sie auch in ihrem Interesse lag. Sie hätten sie deshalb unterstützt.

Der Schwede Rydbeck und der Brasilianer Carneira sprachen sich besonders für eine bestimmtere Gestaltung der Reichsbegünstigungsklausel in den Handelsverträgen aus. Am Schluß ergriß noch der Franzose Fontaine als Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes das Wort, dessen Aufgabe es mit denen der Wirtschaftskonferenz verglich und eine starke Übereinstimmung beider feststellte. Das Ziel müsse bleiben, die Güterverteilung rational zu gestalten und zu steigern, aber innerhalb der 48-Stunden-Woche.

Die Nachmittagsung leitete der Vorsitzende mit der Mitteilung ein, daß der bulgarische Delegierte Poppoff plötzlich gestorben ist. Er war in seinem Bande Direktor des Statistischen Zentralamtes und Präsident des Genossenschafts- und Wirtschaftsrates.

Dann ging der Italiener Michelin, Präsident des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom auf die Entwicklungsmöglichkeiten und Methoden der Landwirtschaft und der Rohstoffindustrie sowie ihre Kreditbedürfnisse ein, wies jedoch darauf hin, daß nächsten eine besondere Konferenz sie behandelt wird. Hierauf vertrat der Norweger Rygg den Standpunkt der Internationalen Handelskammer. Er erwartete von der Konferenz, daß sie in einem gewissen Sinne eine einheitliche Geistesrichtung hervorruft, die stark genug sei, die Regierungen und Parlamente für die Befolgung einer möglichst freien Wirtschaftspolitik zu beeinflussen. Der Brasilianer Baranaqua wandte sich

gegen den Gedanken eines europäischen Vorzugszollsystems.

Es wäre das verhängnisvollste, was man tun könnte, denn auf einem europäischen Kontinentalzollsystem würde ein amerikanisches und ein asiatisches folgen, und dadurch würde die Weltwirtschaft noch stärker auseinandergerissen werden, als sie es bisher ist. Der Chinese Tschuan Tschao, Leiter der ständigen chinesischen Delegation beim Völkerbundsekretariat, beim Betreten der Tribüne beifällig begrüßt, führte aus, daß bis nun sowohl Gegner wie Anhänger des Schutzzolls und der Handelsfreiheit gesprochen hätten, dagegen aber sich niemand dazu geäußert habe, warum ein Handelszoll durch andere Länder seine Zoll- und Wirtschaftspolitik diktieren lassen müsse. Er sei weder Schutzzöllner noch Freihändler, wohl aber müsse er für sein Land die volle Freiheit und Selbständigkeit zur Bestimmung seiner Wirtschaftspolitik beanspruchen.

Run folgte eine bedeutende Rede des englischen Vertreters Layton. Er begann mit einigen prägnanten Daten über die gegenwärtige Lage Europas. Die Produktion habe diejenige der Vorkriegszeit überschritten, der Handel erreiche aber erst 90 Proz. Daneben seien

rund 10 Millionen Arbeitslose

da und viel zu geringe Auswanderungsmöglichkeiten. Europa habe 11 000 Kilometer mehr Grenzen

und Zollschranken als vor dem Kriege. Eine ganze Reihe von Ländern habe sich allerlei neue Industrien geschaffen und wolle sie sich erhalten. Das verbedenre jedoch eine richtige Nationalisierung der großen europäischen Industrien. Außerdem sei Nordamerika zu einem der großen Geldgeber an Europa geworden, der aber von Europa dafür nicht mehr taufe als früher, sondern seine Rohstoffe von Südamerika oder Ostasien beziehe. Das verwickle die große weltwirtschaftliche Handelsbilanz. Dazu komme noch, daß für die Leistungen der Reparationszahlungen nach Nordamerika noch keine Lösung gefunden sei.

Rußland spiele nach dem Kriege noch immer eine kleinere Rolle als Dänemark; die russische Delegation möge sagen, welche Möglichkeit ihr geeignet erscheine, den russischen Handel auf den früheren Umfang zu heben, wenn es auch noch nicht möglich sei, zu sagen, wie zwei grundverschiedene Wirtschaftssysteme nebeneinander funktionieren werden. Europa befinde sich sonach in einer ganz anderen wirtschaftlichen Lage als vor dem Kriege und müsse zu ganz neuen Mitteln greifen, um zu normalen Zuständen zu gelangen. Dabei werde man sich von drei Grundgedanken leiten lassen: 1. die gegenwärtige Abhängigkeit der europäischen Staaten ist zu groß geworden, daß nur wirtschaftliches Gedeihen ein Ganzes bildet und nur als solches sich entwickeln oder verfallen wird; 2. das wirtschaftliche Gedeihen kann nur durch die Mittel der Produktion gesichert werden; 3. Europa kann sein Niveau wirtschaftlicher Fortschritte nicht aufrechterhalten, ohne eine Spezialisierung nicht nur seiner Industriezweige, sondern auch der verschiedenen Länder, in denen jene arbeiten sollen.

Layton schloß mit dem Hinweis, daß dieses Resultat nicht durch einige Änderungen sekundärer Art an den Zolltarifen erreicht werden könne, sondern

nur durch ganz ernsthafte Maßnahmen, welche die Ein- und Ausfuhr wesentlich erhöhen.

In bezug auf den Vorschlag der Arbeitergruppe zur Schaffung eines Internationalen Wirtschaftsamtess erklärte Layton, seine Opposition machen zu wollen, wenn er auch eine einfachere Form vorziehe und dafür eventuelle Vorschläge machen werde. Jedoch glaube er, daß man darüber nicht die Grundfrage vernachlässigen dürfe: Kann die europäische Wirtschaftspolitik nach dem alten Schema der staatlichen Zersplitterung und Isolierung weitergeführt werden oder muß nicht vielmehr die Grundlage einer ganz neuen Zusammenarbeit gesucht werden? Die Konferenz hätte nicht darüber zu entscheiden, aber ihre Meinung darüber zu sagen und ohne Zaudern die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen. Denn

neben den 10 Millionen Arbeitslosen und den 11 000 Kilometern neuer Grenzen und Zollschranken jährlich 11 Milliarden Goldfranken für Rüstungen: das ist das heutige Europa!

Nachher sprach noch der Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes May-London, der sich als Vertreter von 85 Genossenschaftsverbänden in 34 Ländern mit 51 Millionen Mitgliedern vorstellte und die konstruktiven Leitgedanken und Freihandelsideale des Genossenschaftswesens darlegte. Der Kanadier Matthews schilderte die freihändlerischen Ziele und die Organisation der kanadischen Getreidegenossenschaft. Der frühere dänische Minister Sonne trat als Vertreter der dänischen Landwirtschaft für die Gedanken der im letzten Winter veröffentlichten Manifeste der Wirtschaftsführer ein. Alle sprachen die Überzeugung aus, daß auf die Dauer die ganze Welt sich für eine möglichst freie und ungehemmte Wirtschaftspolitik entscheiden müssen.

eingedrückt werden muß. Sie beantragten demgemäß folgende Verteilung der Sige: vier Sechstel den Versicherten, ein Sechstel den Arbeitgebern, ein Sechstel den öffentlichen Körperschaften. Der sozialdemokratische Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien niedergelassen. Auch die weiteren Verbesserungsanträge für Selbstverwaltung fanden keine Mehrheit. Angenommen wurde ein von der Genossin Luise Schröder begründeter Antrag, wonach sich unter den Mitgliedern des Verwaltungsrates auch Frauen befinden müßten. Die Sozialdemokratie verlangte weiter, einen Schutz der Arbeitnehmerbesitzer gegen Maßnahmen im Sinne des Betriebsrätegesetzes. Auch dieser Antrag wurde von den vereinigten bürgerlichen Parteien abgelehnt und lediglich die Schutzbestimmung aus dem Arbeitsgerichtsgefetz übernommen.

Der Zoll-Wahnsinn.

Proteststurm in Frankreich.

Paris, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Von allen Seiten mehrten sich in den letzten Wochen die Proteste gegen den übertrieben protektionistischen französischen Zolltarif, mit dessen Diskussion die Kammer in den nächsten Tagen beginnen will. Handelskammern, Gewerkschaften, Vereinigungen von Produzenten und Verbrauchern richten Eingaben an den Handelsminister und die Zollkommission der Kammer und verlangen Lockerung der wirtschaftlichen Rette, die der neue Zolltarif um alle Erzeugnisse zu legen beabsichtigt. Einzelne Wirtschaftskreise betonen besonders, daß dieser unfinnige Protektionismus nicht nur durch Unterbindung der Einfuhr die Konkurrenz im Innern Frankreichs aufs erhebliche schädige, sondern auch Hand in Hand mit diesem System Teuerung hervorruft und durch Einschränkung der Ausfuhr notwendigerweise die Arbeitslosigkeit steigern wird. Die Lage würde durch die Repressalien, mit denen die anderen Länder auf den französischen Zolltarif antworten werden, noch ungemächlich verschärft werden. „Solche Aussichten“, meint der „Soir“, „genügen wohl, dem Parlament seine Pflicht zu diktieren. Es wird sich weigern, unserem Land diesen monströsen Apparat des Protektionismus aufzuzwingen, da dieser das Land der Arbeitslosigkeit und Teuerung preisgäbe.“ Der Zolltarif wird nach dem Beschluß des am Freitag stattgefundenen Ministerrats an erster Stelle der Tagesordnung der Kammer nach ihrem Wiederzusammentritt am 10. Mai figurieren.

Stahlhelm unter sich.

Das Programm auf vier Stunden verkürzt.

Der Reichskanzler hat dem Kabinett davon Kenntnis gegeben, daß er eine Einladung zum Stahlhelmtag erhalten habe, und daß er ihr nicht Folge leisten werde.

Der Reichspräsident, der ebenfalls eine Einladung erhalten hat, hatlet der Oberbürger Regierung einen Besuch ab, der sich bis zum Montag ausdehnen wird.

Die Leitung des Stahlhelms gibt bekannt, daß sie wegen der Schwierigkeiten der Unterbringung und Verpflegung der Stahlhelmlaute das Programm verkürzt habe. Das Gras der Stahlhelmlaute soll erst am Sonntag morgen eintreffen, um 1 Uhr soll die Luftgarden-demonstration stattfinden, um 5 Uhr soll die Abfahrt beginnen.

Die uneinigen Regierungsparteien.

Zu Beginn der Nachmittagsung gaben die Regierungsparteien eine Erklärung ab, aus der hervorging, daß keine Einigung unter ihnen erzielt werden konnte. Sie ließen erklären, daß sie sich bei dem sozialdemokratischen Antrag auf Befreiung der Ersatzkassen der Stimme enthalten werden, so daß dieser für die erste Lesung angenommen werden wird. Abg. Moldenhauer (D. Sp.) fügte hinzu, daß die Regierungsparteien nach dieser Erklärung in der ersten Lesung auf die Ersatzkassen nicht mehr zurückkommen werden. Dann kam es zu längeren Auseinandersetzungen über

die Zusammenziehung der Selbstverwaltungskörper.

Nach der Regierungsvorlage sollen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Körperschaften in gleicher Zahl vertreten sein. Die Sozialdemokratie stellte sich auf den Standpunkt, daß nach der Verfassung den Versicherten ein maßgeblicher Einfluß

Herausforderung der Berliner Metallarbeiter.

Der VDMZ. will völlig freie Hand für Ueberstunden!

Gestern wurde zum drittenmal zwischen dem Metallkartell und dem Verband Berliner Metallindustrieller über den Neuabschluss des Rahmenarbeitsvertrages für die Berliner Metallindustrie verhandelt. Was schon nach der zweiten Verhandlung vorauszu-sehen war, hat sich jetzt mit unverhüllter Deutlichkeit bestätigt. Die Berliner Metallindustriellen halten an ihrer Forderung fest, für ihre Arbeiter den Achtstundentag anordnen zu können. Wenn sie das aus nicht so kraft zum Ausdruck brachten, so liefen doch ihre Vorschläge praktisch darauf hinaus.

Nach der bisherigen tariflichen Regelung konnten die Unternehmer für ihre Betriebe oder einzelne Betriebsgruppen die neue Arbeitsstunde anordnen, mußten aber, sofern diese Ueberarbeit für längere Zeit geleistet werden sollte, der gewerblichen Betriebsvertretung die Gründe für die Notwendigkeit der Ueberarbeit darlegen. Für jede über neun Stunden hinausgehende Ueberarbeit war die Zustimmung des Betriebsrates notwendig.

In ihrem letzten, gestern gemachten Vorschlag verstiegen sich die Unternehmer zu der Forderung, bei gelegentlich notwendig werdender

Ueberarbeit an Sonn- und Feiertagen.

Ueberstunden zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes, Ueberstunden zur Verhütung der Unterbrechung eines Arbeitsprozesses, Ueberstunden zur Fertigstellung eiliger Lieferungen oder Ueberstunden zur Reparaturen, nicht nur insgesamt 30 Ueberstunden pro Arbeiter, sondern darüber hinaus noch weitere Ueberstunden anordnen zu können. Dem Betriebsrat soll für alle diese Ueberarbeit nur die „Notwendigkeit“ dargelegt werden. Das bedeutet praktisch, daß

in den bezeichneten Ausnahmefällen, die wegen ihrer Mannigfaltigkeit fast die Regel sein würden.

Ueberstunden in unbegrenzter Zahl

angeordnet werden könnten, dem Betriebsrat nur die „Notwendigkeit“ der Ueberarbeit dargelegt, nicht aber nachgewiesen werden muß. Der Betriebsrat hätte also nicht einmal das Recht, die angegebene Notwendigkeit zu bezweifeln, viel weniger noch, die Ueberarbeit abzulehnen. Dieser Vorschlag, der eine bedeutende Verschlechterung der bisher von den Unternehmern gemachten Vorschläge darstellt, wurde von der Verhandlungskommission als eine glatte Brückierung aufgefaßt und abgelehnt. Das Metallkartell zog darauf sämtliche von ihm bisher gemachten Vorschläge zurück.

Die Verhandlungen wurden hierauf wiederum vertagt, weil die Vertrauenskommission der Unternehmer nochmals zu dieser veränderten Situation Stellung nehmen soll. Das Metallkartell forderte, daß die nächsten Verhandlungen so schnell wie möglich und so angelegt werden, daß die gesamte noch zur Verhandlung stehende Materie endgültig erledigt werden kann. Es wurde weiter gefordert, daß sich die Unternehmer nun endlich klar entscheiden, damit die Verhandlungen nicht unnötig in die Länge gezogen werden. Die Unternehmer versprachen, diesen Verlangen nachzukommen.

Den Berliner Metallarbeitern kann schon heute gesagt werden, daß kaum noch ein Schimmer von Hoffnung besteht, daß die Parteien sich in freier Verhandlung über die Regelung der Ueberarbeit einig werden. Es erscheint vielmehr unvermeidlich, daß die berechtigten Forderungen der Berliner Metallarbeiter nur durch einen offenen Kampf durchgesetzt werden können. Es gilt darum nach wie vor, alle Kräfte zu mobilisieren und sich auf diesen Kampf, der kein leichter sein wird, vorzubereiten.

Eine neue Arbeitsmethode.

In der Internationalen Arbeitsorganisation.

Am 25. Mai beginnt in Genf die 10. internationale Arbeitskonferenz, auf der nachstehende drei Fragen zur Behandlung gelangen: 1. Krankenversicherung, 2. gewerkschaftliche Freiheit und 3. Methoden zur Feststellung von Minimallöhnen in den Industrien, in denen die Organisation der Unternehmer und Arbeiter unzulänglich ist und die Löhne ausnahmsweise niedrig sind. In diesem Zusammenhang sollen vor allem auch die Heimindustrien in Betracht gezogen werden.

Die erste Frage gelangt zum zweitenmal zur Behandlung, während die anderen beiden Punkte zum erstenmal besprochen werden. Bei diesen beiden Punkten soll nun mit einer neuen Behandlungsmethode der Anfang gemacht werden.

Früher, d. h. seit dem Jahre 1924, bediente man sich der Methode der zwei Lesungen. Das Arbeitsamt stellte zunächst zu Händen der Regierungen einen Fragebogen zusammen. Auf Grund der Antworten arbeitete es einen Vorentwurf für eine Konvention oder eine Empfehlung aus, worauf bereits die erste Konferenz einen mehr oder weniger definitiven Konventionsentwurf annahm und einer folgenden Konferenz die Möglichkeit der nachmaligen Prüfung dieses Textes gab, und zwar nachdem die Regierungen eingeladen worden waren, Zusatzanträge einzubringen, die die endgültige Ratifizierung erleichtern konnten. Diese Arbeitsmethode schloß große Nachteile in sich, denn bei der zweiten Lesung meldete sich die Opposition in verschärfter Form. Es wurden oft Zusatzanträge eingereicht, die dazu angeht waren, bei Annahme die Prinzipien der Konvention erheblich zu beeinträchtigen.

Schließlich sprachen sich alle Gruppen, d. h. Regierungen, Arbeiter und Unternehmer, zugunsten der Einführung einer neuen Methode aus. Diese wurde von der 8. Arbeitskonferenz einstimmig gutgeheißen und wird das System der doppelten Diskussion genannt.

Die neue Methode unterscheidet sich von der alten besonders dadurch, daß die Fragebogen nicht mehr vom Arbeitsamt, sondern von der ersten Konferenz aufgestellt werden, und zwar an Hand eines Entwurfs des Arbeitsamtes. Ist der Fragebogen definitiv festgelegt, so wird er den Regierungen zur Beantwortung zugesandt und das Arbeitsamt entwirft dann, wie früher, auf Grund der Antworten einen Vorentwurf für eine Konvention resp. eine Empfehlung, die dann in der nächsten Konferenz zur Sprache gelangt, so daß eine doppelte Behandlung der eigentlichen Konvention resp. Empfehlung vermieden wird.

Die Zusammenstellung des Fragebogens ist natürlich von größter Wichtigkeit, da darin die Richtlinien festzulegen sind, die der Konvention resp. der Empfehlung zugrunde gelegt werden. Was den zweiten Punkt der Tagesordnung betrifft, so enthält der Fragebogenentwurf des Arbeitsamtes fünf Punkte folgenden Inhalts:

1. Soll das Prinzip der gewerkschaftlichen Freiheit in einem Konventionsentwurf festgelegt werden? 2. Soll dieser Entwurf sowohl die Vereinsfreiheit als auch die Freiheit gewerkschaftlicher Aktion umfassen? 3. Ist der Begriff „Vereinsfreiheit“ wie folgt zufriedenstellend festgelegt? Das Recht der freien Vereinigung von Arbeitern und Arbeitgebern zur Verteidigung der Interessen, die sich aus ihrer Lage als Arbeiter und Unternehmer ergeben. 4. Ist der Begriff der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit wie folgt zufriedenstellend umschrieben: Freiheit der Gewerkschaften, ihren Zielen unter Anwendung aller Mittel nachzustreben, die nicht im Gegensatz stehen zu den im Interesse der öffentlichen Ordnung bestehenden Gesetzen und Verordnungen. 5. Angabe evtl. anderer Bestimmungen, deren Aufnahme in den Konventionsentwurf als gewünscht erachtet wird.

Eine graphische Ausstellung, umfassend die Berufe Lithographie, Steindruck, Offsetdruck, Kupferdruck, Tiefdruck, Lichtdruck, Rotendruck, Holzschnitt, Formentwurf, Rotenstich und photographischer Maschinenbau, veranstaltet der Verband der Berufe der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe in der Zeit vom 8. bis 22. Mai von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr in der Ausstellungshalle des neuen Schöneberger Rathhauses, Rudolf-Wilde-Platz. Die Ausstellung zeigt die Entwicklung der graphischen Technik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Das graphische Gewerbe ist bekanntlich eines derjenigen, das geringe Mengen zu meist einheimischer Rohstoffe in höchster Weise verarbeitet. Der volkswirtschaftliche Wert dieses Gewerbes als Exportindustrie ist deshalb offensichtlich. Es dürfte neben den Fachleuten auch den Laien interessieren, bis zu welcher Höhe einflussreiches Schaffen gedeihen ist. Ein Besuch der Ausstellung, der kostenlos ist, dürfte sich deshalb für jedermann empfehlen.

Zimmerer! Die Differenzen mit der Firma Reger, Baustelle Marienkirche (Neuer Markt), sind beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben. Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

Freie Gewerkschaftsjugend. Feiert, Sonnabend, 7½ Uhr, taucht die Gruppe Baumhäuserweg; Gruppenheim Jugradheim Grenzü. 16. Zusammenkunft. — Morgen, Sonntag, feiert nach Krieselung. Anhaben auf dem Jugendgelände.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götter; Revolution: R. A. Böhm; Soziales und Sonstiges: W. Kasper; Drogen: Th. Glaser; Familien in Berlin: Berlog; Bonaparte-Partei G. m. b. H.; Berlin, Freud; Bonaparte-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung aus Witten“.

Touristen, Jäger und Sportsleute

Chinosol

sollten stets ein Röhren Chinosol bei sich führen. Es gehört auch in die Hüften- und Sporttasche. Es stillt Durst, verhilft Infektion von Wunden, nimmt den Schmerz bei Entzündungen, ist gut gegen Mücken- und Insektenstiche, gegen Wundläuse und zer Fußflechte. Es ist billig und ausgiebig. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Versuchspackung nur 50 Pf.

Der Lohnkonflikt bei der Aboag.

Erneute Verhandlungen gescheitert.

Wir meldeten bereits, daß die Funktionäre der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft in ihrer Sitzung am 4. Mai den Deutschen Verkehrsband beauftragt haben, erneut mit der Direktion zu verhandeln, um auf friedlichem Wege den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Daran scheint jedoch die Direktion kein Interesse zu haben, denn die Verhandlungen am 5. Mai sind abermals an der Halsstarrigkeit der Omnibusgesellschaft gescheitert. Sie feilschte zum Schluß nur noch um einen Pfennig mit einer Hartnäckigkeit, die eines besseren Sparobjekts wert wäre.

Den Schaffnern und dem Hoperpersonal werden einfach die Löhne, die andere Verkehrsgeellschaften in Berlin und im Reich bereits bewilligt haben, verweigert. Das Gesamtpersonal des Omnibusbetriebes glaubt jedoch, auf Grund der stark vermehrten Leistungen, die es seit der Einführung des Einheitstarifes zu bewältigen hat, nicht nur mit den Löhnen, die in den anderen Verkehrsbetrieben bereits gezahlt werden, gleichgestellt zu werden, sondern ein Anrecht auf eine bessere Entlohnung zu haben. Da ihnen beides verweigert wird, bleibt nur der Kampf übrig.

Das Personal wird in den nächsten Tagen in Versammlungen zu dem Einsehen des Komplexes Stellung nehmen.

Lügen haben kurze Beine.

Die christlichen Gewerkschaften sind durch ihre Haltung in der Arbeitszeitfrage in eine verzweifelte Lage geraten. Ihre Mitglieder verlangen stürmisch Rechenschaft. Die Führung der christlichen Gewerkschaften versucht deshalb durch Ablenkungsmanöver der verschiedensten Art den schlechten Eindruck zu vermindern, den die Haltung der christlichen Führung beim Arbeitszeitnotgesetz hervorgerufen hat. Vor allem treibt es die christliche „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ im gegenwärtigen Betriebsrätewahlkampf der Eisenbahner schlimm. So muß u. a. auch ein Vorgang herhalten, der sich im Württembergischen Landtag abgepielt hat.

Der württembergische Staatspräsident Bazille verlangte im Oktober 1924 von den Sozialdemokraten die Preisgabe des Achtstundentages. Der sozialdemokratische Abg. Keil hat dagegen als Sprecher der Sozialdemokraten die Wiedereinführung des Achtstundentages verlangt. Daraufhin versuchte Bazille den Abg. Keil durch einen demagogischen Trick bloßzustellen, indem er auf eine Anweisung der württembergischen Regierung aus dem Jahre 1922 an den württembergischen Gesandten in Berlin Bezug nahm, die sich auf die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens bezog. In dieser Anweisung, die Keil im Auftrag der württembergischen Koalitionsregierung gegeben hatte, wurde dem württembergischen Gesandten in Berlin der Auftrag erteilt, dahin zu wirken, „daß vor endgültiger Stellungnahme der geistiggebenden Körperschaften“ mit dem Internationalen Arbeitsamt Verhandlungen wegen der Durchführung des Washingtoner Abkommens gepflogen werden sollten.

Aus diesem Vorgang versucht nun die christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Kapital zu schlagen, indem sie der Wahrheit zuwider behauptet, Keil habe im Oktober 1924 aus agitatorischen Gründen die Wiedereinführung des Achtstundentages gefordert, trotzdem er wenige Wochen vorher als Arbeitsminister für eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sei.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß im Jahre 1922, als Keil im Auftrag der württembergischen Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokraten eine verschwindende Minderheit bildeten, jene Anweisung gab, der Achtstundentag auch bei der Eisenbahn bestand. Dagegen war zur Zeit der Debatte im württembergischen Landtag im Oktober 1924 und im Januar 1925 der Achtstundentag in der Privatindustrie in großem Umfange be-

seitigt, bei der Eisenbahn bestand er überhaupt nicht mehr. Deshalb war die Forderung auf Wiedereinführung des Achtstundentages, die Keil damals im Württembergischen Landtag erhob, in vollem Umfange berechtigt. Keil hat auch in der Sitzung des Württembergischen Landtags vom 31. Januar 1925 ausdrücklich festgestellt, daß ihm die Elastizität, die das Washingtoner Abkommen nach der neuen Auslegung erhalten hat, viel zu weit geht und den Wünschen der Arbeitgeber in übertriebenem Maße Rechnung trägt.

Aus dieser kurzen Klarstellung, die sich auf die amtlichen Stenogramme des Württembergischen Landtages stützt, ergibt sich, was von der Meldung der „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ zu halten ist.

Arbeitgeber und Betriebskrankenkassen.

Ein Rundschreiben, das ein Arbeitgebervertreter im Vorstand des Landesgeschupverbandes der sächsischen Betriebskrankenkassen „an die Herren Arbeitgeber“ verfaßt hat, gibt interessante Aufschlüsse über die Einstellung der Unternehmer zu den Betriebskrankenkassen. Den Arbeitgebern wird hier „angesichts der dauernden Unterminierung des Betriebskrankenkassensystems seitens der gewerkschaftlichen Agitation“ eine engere Fühlungnahme mit dem Landesgeschupverband der Betriebskrankenkassen empfohlen und anheimgestellt, sich die Sache auch etwas lösen zu lassen, indem sie den Jahresbeitrag von 50 auf 500 Mk. erhöhen und die Mehrzahlung von 450 Mk. aus dem Propagandafonds entnehmen. Die Vertreter der Versicherungen im Vorstand des Landesgeschupverbandes werden den Arbeitgebern als „fast durchgängig gewerkschaftlich eingestellte Versicherungvertreter“ denunziert, die es als Gegner des Betriebskrankenkassensystems zu befehligen gelte. Falls das nicht gelinge, müßten die Verbandsorganisationen wieder als „reine Arbeitgebervereinigungen“ aufgezogen werden.

Das Rundschreiben, das die Unterschrift eines A. H. Bökemeyer trägt, ist eine deutliche Mahnung an die Versicherungvertreter in den Betriebskrankenkassen und an die Gewerkschaften, alles zu tun, um ihren Einfluß nicht zurückdrängen zu lassen. Der rücksichtslosen Propaganda der Arbeitgeber muß ein entschiedener Widerstand der Arbeitnehmer entgegengeleitet werden. Solange Betriebskrankenkassen bestehen, darf der Kampf um den Einfluß der Versicherungen auf ihre Führung nicht nachlassen.

Klassenjustiz in Argentinien.

(VGB.) Auch Argentinien hat nun seinen Justizskandal. Unter der Beschuldigung, einen Mord begangen zu haben, wird der Gewerkschaftsführer Eusebio Masasco verurteilt, der es als seine Lebensaufgabe betrachtet, die sogenannten „Menzus“, d. h. jene unglücklichen kreolischen Arbeiter zu organisieren, die in den Wäldern und Ländereien von Chaco und Misiones beschäftigt sind und von englischen Unternehmern auf unbeschreibliche Weise ausgebeutet und buchstäblich wie Sklaven gehalten werden. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt, die Löhne sind durchaus unzureichend und die Versorgung ist dergestalt, daß die ursprünglich starke Rasse vollständig heruntergekommen und verheerenden Krankheiten wie der Tuberkulose usw. preisgegeben ist. Masasco ist es gelungen, die kreolischen Landarbeiter in Misiones zu organisieren, und zwar unter der Parole der Einführung des Achtstundentages und der Bezahlung des Lohnes in argentinischem Geld anstatt in sogenannten Gutscheinen. Trotzdem man diese Forderungen sicherlich nicht als übertrieben bezeichnen kann, vereinigten sich die Unternehmer und die Polizei, um die junge Organisation in Fall zu bringen. Ein noch nicht aufgeklärter Mordanschlag auf einen englischen Betriebsleiter wurde als Vorwand genommen, um Masasco und einige seiner Freunde vor Gericht zu schleppen und eine Gefängnisstrafe von 25 Jahren zu verlangen.

Die ganze argentinische Gewerkschaftsbewegung hat unter Führung der dem VGB. angeschlossenen Landeszentrale eine Agitation gegen die Verurteilung von Masasco eingeleitet. Ueberall im ganzen Lande werden Protestversammlungen abgehalten und die Freilassung der Gefangenen verlangt.

W.H.W.



3 Pfennige—und doch echter Tabak? —
Ist das nicht fabelhaft? — Ja das ist die
Enver Bey Fabelhaft-Zigarette



Malkäfer.

„Malkäferjahre“.

Man spricht auch von „Malkäferjahren“, die alle vier Jahre wiederkehren und hat damit bis zu einem gewissen Grade recht. Der Malkäfer bedarf zu seiner Entwicklung vom Ei durch das Larven- und Puppenstadium bis zum Käfer eines Zeitraumes von vier Jahren. Aber diese Malkäferjahre sind nicht gleichmäßig auf alle Gegenden verteilt, sondern örtlich, oft in ganz engen Grenzen, verschieden. Der Schaden, welchen diese gefräßigen Käfer und ihre Larven dem Baumwuchs, den Feld- und Gartengewächsen zufügen, ist für Forst- und Landwirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ja, er ist so groß, daß staatliche Geldmittel in nicht unerheblichem Maße zu seiner Abwendung bereitgestellt wurden. So wurde zum Beispiel im Jahre 1905 eine Summe von 32 411 Mark für 123 768 Liter in den preussischen Staatsforsten gesammelte Malkäfer, die durch Ueberziehen mit kochendem Wasser getötet wurden, verausgabt, davon stammen allein aus dem Forstbereich Potsdam 87 125 Liter. Es ist aber nicht allein der Käfer, welcher diesen Schaden verursacht, sondern in noch höherem Grade dessen Larve, der bekannte Engerling. Erflerter umfliegt an warmen, windstillen Sommerabenden in schnurrendem Fluge die Wipfel von Laub- und auch Nadelbäumen, von deren Blättern und jungen Trieben er sich nährt. Der Engerling verzehrt auf seiner Wanderung durch das Erdreich alles, was ihm bequehm und fressbar ist, vor allen Dingen alles, was er an Wurzeln findet, und an Getriebe alles, was er bewältigen kann. Die feinen Wurzeln fast aller Gewächse werden glatt abgefressen. Sie bilden nach der ersten Ueberwinterung seine Röhren.

Mit zunehmendem Alter wächst nicht nur sein Körper, sondern auch seine Gefräßigkeit und damit seine Schädlichkeit. Er geht auch an stärkere Wurzeln, die er völlig ihrer Rinde beraubt, so daß zum Beispiel in den Forstkulturen die jungen Nadelholzbäume zum Absterben gebracht werden. Nicht weniger haben Garten- und Feldbauer unter ihm zu leiden. Im August des dritten Jahres verpuppt sich der Engerling; im November ist der Käfer völlig entwickelt und ruht im Erdreich bis die wärmende Sonne des Mai ihn aus seinem Wintererfode hervorlockt.

Die Flugzeit.

Die Flugzeit des Malkäfers fällt, wie schon sein Name sagt, in den Monat Mai. Doch kommt es vor, daß ihn warme, sonnige Tage im April und schon früher aus seinem Erfode hervorlocken. In den rauhen Gegenden der Gebirge fliegt er erst später, oftmals bis in den August hinein. Mit furendem Geräusch umfliegt er die Wipfel der Laub- und Nadelbäume, Nahrung suchend an stillen lauen Sommerabenden. Bei regnerischem, kaltem Wetter und während der Morgentühle ruhen die Käfer mit angelegenen Beinen an den Blättern der Bäume. Dann sind sie auch am besten zu fangen. Das Abfliegen des Käfers erfolgt unter besonderen Vorbereitungen. Er stemmt die Beine fest an und bewegt taktmäßig Leib und Fühler. Diese Bewegungen haben den Zweck, Luft in den Körper einzupumpen, welche durch die seitlich am Körper gelegenen Atemöffnungen einströmt und in kleine Luftbehälter gelangt. Erst wenn diese gefüllt sind, ist er flugfähig, breitet die Deck- und Unterflügel aus und fliegt davon. Während des Umherfliegens in der Dämmerung dienen dem Käfer, besonders dem Männchen, die mit besonderen Sinnesorganen ausgestatteten Fühler zur Orientierung.

Die Entwicklung.

Begen Ende der Flugzeit sind die weiblichen Käfer mit der Eiablage beschäftigt. Sie fliegen dann im niedrigen Fluge über den Erdboden und suchen eine zur Eiablage geeignete, spärlich bemastete und trockene Stelle. Sobald sie eine ihnen zusagende Verstecktheit gefunden haben, graben sie sich 20 bis 25 Zentimeter tief ein und legen die weißlichen, hanfkorngroßen Eier in kleinen Klumpen von 10 bis 30 Stück in den Boden ab. Nach der Ablage von ungefähr 70 Eiern sind die Weibchen erschöpft und sterben schließlich im Erdboden. Auch die Männchen sterben allmählich oder sind von ihren Feinden verzehrt worden. Die Entwicklung der in das Erdreich abgelegten Eier geht zunächst schnell vor sich. Nach vier Wochen erscheinen die ersten Larven, die Engerlinge, deren Beine lang behaart sind. Während des ersten Jahres sind die Malkäferlarven sehr gefräßig, sie nähren sich vorläufig nur von kleinen Humusteilchen. Die aus einem Belege stammenden Engerlinge halten zunächst zusammen. Nach der darauf folgenden Zeit der Ueberwinterung werden sie sehr gefräßig, verzehren Wurzeln und richten den bekannnten Schaden an. Ihr Wachstum macht bei dem riesenhaften Appetit, den sie entwickeln, große Fortschritte. Kleine Wurzeln werden verzehrt, große der Rinde beraubt und zertrümmert. Der Schaden macht sich bald durch Absterben der Pflanzen bemerkbar. Im vierten Lebensjahr glättet sich der Engerling im Erdboden eine kleine Höhle aus und verwandelt sich in das Puppenstadium, welches nur wenige Wochen dauert. Ungefähr im November ist aus der Puppe der fertige Käfer entstanden, der solange im Erdboden ruht, bis ihn die warme Maiensonne aus dem Versteck hervorlockt. Die Entwicklung des Malkäfers vom Ei bis zum fertigen Käfer dauert in unseren Breiten vier Jahre, in südlicheren Landstrichen Deutschlands und Frankreichs dauert diese Entwicklung nur drei Jahre. Mit der Entwicklungsdauer der Käfer hängt auch das Ausreten der Malkäferjahre zusammen, in denen diese Käfer in Massen auftreten.

Außer dem wohlbekannten Malkäfer tritt in dünnen, sandigen Gebieten unserer Heimat sein größerer stämmiger Verwandter, der Walker, auf. Er ist ein prächtiger Käfer, von schwarzbrauner Färbung. Die Flügeldecken sind mit weißen Flecken bedeckt und machen den Eindruck, als ob sie mit Mehl bestreut sind. Die Männchen sind mit großen, stämmigen Fühlern, die vorn in eine Anzahl Lamellen zerfallen, ausgestattet. Seine Flugzeit fällt in die Monate Juni und Juli. Im Gegensatz zum Malkäfer kann er zirpende Töne hervorbringen. Die Engerlinge des Walkers richten ebenfalls an den Wurzeln junger Pflanzen großen Schaden an. Namentlich können sie den Dünen der Ostsee gefährlich werden, indem sie die Wurzeln des Strandhafers zernagen, und den Bestand dieser Anpflanzungen, die zur Befestigung der Dünen dienen, bedrohen.

Ein Verderber der Kinder.

Festnahme eines gemeingefährlichen Epileptikers.

Ein gefährlicher „Kinderfreund“ wurde jetzt endlich von der Kriminalpolizei festgenommen. Am 26. Dezember v. J. wurde, wie wir damals mitteilten, am Kaiserdamm in Charlottenburg ein sechsjähriges Mädchen, das mit anderen Kindern um einen Scherenschleifer herumstand, von diesem nach dem Boden eines Hauses dort verschleppt, mißbraucht und angestekt. Die Kleine liegt noch heute im Krankenhaus. Die Portierfrau hatte gesehen, wie der Schleifer mit ihr in das Haus hineinging, aber nicht weiter darauf geachtet, weil sie glaubte, daß es sein Kind sei. In der Suarezzstraße wäre es einer neunjährigen Schülerin beinahe ebenso schlimm ergangen. Sie schrie aber auf dem Boden um Hilfe, und der Scherenschleifer ließ darauf von ihr ab und entflo. Ende März d. J. machte sich in Spandau ein Scherenschleifer unzüchtig an kleinen Kindern zu schaffen. Bevor die von den Kindern benachrichtigten Eltern dazukamen, verschwand er. Bei ihren Nachforschungen nach dem Unhold stießen nun die Beamten der Kriminalinspektion E. 4 auf einen 36 Jahre alten Richard H., einen schwachsinnigen Epileptiker, der sich nur von Zeit zu Zeit als Scherenschleifer betätigt und sonst in Anstalten aufhält. Er wurde den Kindern gegenübergestellt und von ihnen wiedererkannt. Das kleine Mädchen im Krankenhaus wurde, sobald es ihn sah, von großer Angst befallen und brach in Tränen aus. Auch die Portierfrau, die seinerzeit am Kaiserdamm den Vorgang beobachtet hatte, erkannte H. bestimmt wieder. Er wurde jetzt dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Malkäfer und seine Puppenform (Engerling).

Vom ersten Malkäfer des Jahres, der fürwählig sein schwebendes Erdoerlehen zuweilen schon Anfang April verläßt, wird dem den Frühling herbeiführenden Leser der Tageszeitung meist gewissenhaft berichtet. Ja, häufig wird er sogar in persona dem hohen Redaktionsstab der Großstadtspresse vorgeführt und von ihm pflichtgemäß bewundert. Er wird als Frühlingbote freudig begrüßt und als sicheres Zeichen angesehen, daß uns frühzeitig warmes Wetter beschieden sein wird.

Malkäferjagd.

In der Großstadtjugend erweckt er frohe Hoffnungen auf die Befriedigung der in der Jugend schlummernden Jagdgelüste, denn bald wird man, ausgerüstet mit irgendeinem Gefäß, auf die Malkäferjagd gehen können und mit reicher Beute beladen zurückkehren. Blühende Ausflüchten auf die Bekehrung unserer daniederliegenden Handelsbeziehungen stehen in Aussicht. — Die Zeit, in der es heißt: „Rebermal, Rebermal, für eine Nadel gibt es drei“ und der Preis des einzelnen Käfers nach Stednadeln bewertet wurde, ist längst vorüber, — was soll ein Berliner Junge auch mit Stednadeln, die er einhandelt, anfangen. Es wird jetzt mit harter Münze gezahlt und für zehn Pfennige gibt es drei bis vier Stück. Das ist der Preis für einige Malkäferproletarier. Hat der Käfer aber schwarze Beine statt der gewöhnlichen braunen, so ist sein Wert ein viel höherer. Für einen solchen Schornsteinfeger zählt man gern einen Pfennig mehr. Ist er aber der sonst schwarze Brustschild rotbraun, so ist es ein Kaiser, und der wurde im kaiserlichen Deutschland natürlich recht hoch bewertet. Jetzt ist sein Wert wesentlich gefallen. Aber auch hier ergibt sich der Preis nach Angebot und Nachfrage. Bei reichlichem Fang macht man sich das Vergnügen, auch wieder eine Anzahl der Käfer fliegen zu lassen und beobachtet das regelmäßige Heben und Senken der Flügeldecken, das „Zählen“, vor dem Abflug. Will sich der Käfer aber nicht zum Fliegen bewegen, so reizt man ihn durch das erprobte Heilmittel des Gefanges:

„Malkäfer fliege,
Dein Vater ist im Kriege,
Deine Mutter ist in Pommernland,
Pommernland ist abgebrannt,
Malkäfer fliege.“

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

38] Roman von Frh. Reg. Malleszowen.

Ja, diese mit Alkohol und sanfter Gewalt inszenierte Verführungsgeschichte, die runde nette Tatsache, daß ein öffentlicher Ankläger indirekt, aber doch reichlich seinen Anteil zu haben scheint an dem Zustandekommen eines Verbrechens! Es ist wohl zu bemerken, daß der „kleine Wütende“ alles tut, um die Bloßstellung eines juristischen Kollegen zu vermeiden: sie ist trotzdem nicht einzuschüchtern, die kleine Sif, sie kann sich ohne weiteres zu auch auf das Zeugnis der Zimmerwirtin berufen. . . oh, es ist für einen so erfahrenen Kriminalisten wie den „kleinen Wütenden“ leider auch ohne dieses Zeugnis klar, daß sie in diesem Punkte die Wahrheit spricht.

Es ist doch nun schon fast Mittag, als sie gesagt hat, was sie zu sagen hatte, und dashtet und schweigt. Und nun ist es vielleicht das Ende dieses seit Monaten übermüdeten, gehetzten kleinen Körpers, vielleicht sind es alle diese Bilder, die aufgetaucht sind aus der Vergessenheit und nun über sie gekommen sind wie die apokalyptischen Reiter. . . vielleicht der Kinderlärm der draußen sich leerenden Schule oder die vereinigten Woch-Hörner auf der Wilsnacker Straße und die entsetzliche Temperatur des Raumes, die der eines Gewächshauses gleichkommt: urplötzlich ist es zu Ende für heute mit ihren Kräften.

Daß der „kleine Wütende“ ihr für morgen den Beweis für ihre „hysterische Verlogenheit“ ankündigt, kann sie noch mit leidlich klaren Sinnen vermerken. Aber dann fängt das Regal mit den Strafakten 1879 bis 1922 zu treifen an, und dann erscheint der protokollierende Referendar Thörpolt plötzlich unumhüßig vergrößert wie ein Plesiosaurus, und es ist kein Tschako, den der Wachtmann neben ihr auf dem Kopfe hat, sondern eine umgekehrte Kaffeemaschine. Und dann bringt man es noch zu einem hilflosen und vielleicht etwas infantilen Pächeln, und dann fällt man urplötzlich hintüber auf die alten, splätterigen Dielen, auf denen sich schon allerlei Dramen abgespielt haben mögen, und fühlt lauwarmes, ekelhaft fades Wasser an den Lippen und erwacht erst zu selblichem Bewußtsein, als man wieder in der Zelle Nr. 376 auf der Britische liegt.

Und während am Nachmittage mit Blitz und Donner ein formidables Wintergewitter niedergeht über Berlin, und

während der Gefängnisarzt Dr. Bonneilich die kleine Sif besucht und sie nach der Todesursache ihrer Eltern und der Anzahl der täglich von ihr geleerten Schnäpse und nach ihrer Ansicht über politische Morde befragt und ihre Knielehen beklopft und ihre Pupillen beleuchtet: da arbeitet das Räderwerk der preussischen Rechtspflege, das langsame, ausgeglichene und unaufhaltbare, weiter. —

Dieses aber muß gesagt werden zum Verständnis dieses Räderwerkes, daß nämlich der Staatsanwalt als öffentlicher Ankläger vor dieser Öffentlichkeit notwendigerweise unanfechtbar dastehen muß in seinem Lebenswandel und mithin im Gegensatz zu jedem anderen Beamten es sich gefallen lassen muß, daß sein Privatleben der Kontrolle seiner vorgeordneten Behörde unterliegt. —

Da stirbt also, nachdem die kleine Sif in ihre Zelle abgeführt ist, der „kleine Wütende“ ratlos zwei Stunden lang in das Protokoll, das, so viele Ueberraschungen seine Fortsetzung auch noch bergen mag, doch nun einmal auf den Staatsanwalt Alexander Brudner ein eigentliches Licht wirft. Und wieder zwei Stunden später, da läßt sich dann der „kleine Wütende“ bei so einem weißhaarigen, in Ehren ergrauten Amtschef zu einer sehr, sehr ernsthaften Unterredung melden, zu der er jenes Protokoll mitgebracht hat. Und nach abermals zwei Stunden kann man diesen in Ehren ergrauten Behördenchef sehen, wie er vor dem bewußten Hause in der Ziegelstraße aus dem Wagen und jene schmierigen, muffigen Treppen hinaufsteigt, die einmal in einer Oktobernacht die betrunkene kleine Sif hinan geklettert ist am Arme ihres Schwagers. . .

Und wenn dieser Schwager auch augenblicklich noch nicht zu Hause ist, so gibt es doch zwischen dem Ersten Staatsanwalt und der Gerichtsdienerrwitwe Meta Brack über des Schwagers Bez Lebenswandel im allgemeinen und über jene Oktobernacht und den Besuch der kleinen Sif im besonderen eine angeregte Unterhaltung: eine Unterhaltung, bei der die Witwe Brack auf den Kronenorden vierter Klasse ihres seligen Mannes und ihre somit voraussetzende Glaubwürdigkeit hinweist, bei der sie in ihrem roten Schlafrock, furchbar prächtig wie ein Vulkanausbruch oder wie der Sonnenaufgang vom Pilatus aus gesehen, doch den Ersten Staatsanwalt darauf aufmerksam macht, daß schließlich ja alle Zimmerherren so etwas täten, und daß das ja wohl auch so sein müsse und daß sie doch nichts dafür könne, wenn ein solcher Herr wie der Herr Staatsanwalt . . . ein lieber und feiner Herr sonst . . . auch seinerseits . . .

Da wird bei diesen Beteuerungen unter dem in Ehren

ergrauten Haar der Besuch leicht rot und macht sich noch ein paar Nötigen über die Auslagen der Witwe Brack und klettert wieder in seine Droschke, die des einsehenden Frostes wegen die Wachsstockdecke vorsorglich über den Kühler gelegt hat. Und dann braust er dieses Mal ohne sein Mittagessen eingenommen zu haben, in sein Amtszimmer mit dem Porträt des deutschen Strafrechtslehrers Kohler auf der einen und dem Farbendruck der Interaktener Promenade auf der anderen Seite; und dann bedient sich der alte Herr des Telefons und läßt den Herrn Staatsanwalt Alexander Brudner zu einer dienstlichen Unterredung zu sich bitten: jetzt, auf der Stelle, unabhängig von seinen sonstigen dienstlichen Obliegenheiten. . .

„Quantit ungula campum“ aber heißt auf deutsch, daß jemand mit dem Fuße den Boden stampft, während wir als junge Leutnants, wenn wir gefündigt hatten, es schlüß mit „der Herr Oberst läßt bitten“ übersetzen. . .

Der Schwager Bez erscheint. . . ja, es ist zu betonen, daß er diese Unterredung mit seinem Chef seit langem befürchtet hat — eigentlich schon seit der Nachricht von dem Aufstehen der kleinen Sif und von ihrem Beständnis in Buenos Aires. Und es sprechen allerlei Gründe dafür, daß der Witzmut und die Schweigsamkeit des Schwagers Bez während der letzten vier Wochen im wesentlichen zurückzuführen sind auf diese im Wachen und im Traum als Luftspiegelung vorausgesehene Szene.

Da steht er und bemüht sich, alle Sünden wieder gutzumachen durch die stramme Haltung des weiland Referendaren Alexander Brudner, durch den allein seinerzeit vor sundso viel Jahren die Schlacht bei Lodz gewonnen wurde. Und wenn zunächst sein Chef unnahbar und gemessen wie ein altrömischer Prätor ist, so ist doch zu bemerken, daß das anfängliche Piano dieser Unterredung allmählich anschwillt zu einem zunächst nur mit zwei, dann aber mit mindestens fünf „f“ auszubrückenden machtvollen Fortissimo. Die Gerichtsdienerrwitwe aber, die in dieser Stunde des abgestauten Verkehrs mühsig auf den Gängen stehen, hören mit erregten Gesichtern das Brausen dieses irdischen Gewitters, das sich in das zur gleichen Stunde niedergehende himmlische mischt. Und es hören es die aus den Stämmen der Saxonen und Trans-Rhenanen hervorgegangenen Referendare, und selbst die Schauerfrauen hören es, die unentwegt um diese Stunde die Residuen der Rechtspflege fortzuschwemmen mit ihren Wasserfluten: Butterbrotpapiere und Bananenschalen und die an den Justizrat Manasse II in Sachen „Krause wegen Widerstandes“ gerichteten Terminbenachrichtigungen. . .

(Fortsetzung folgt.)

Jrrwege eines Unreifeu.

Das Falschgeld des politischen Abenteurers.

Man schrieb das Jahr 1922. Die Luft war erfüllt von politischer Abenteuerlust. Unreife Jünglinge, kaum trocken hinter den Ohren, glaubten sich zu großen Dingen berufen und hängten sich an die Hochstöße der extremen Parteien, links wie rechts. Solch ein unreifer, moralisch und geistig minderwertiger Jüngling war auch A., Sohn wohlhabender Eltern, Zögling eines der besten Landeserziehungsheime, der sich jetzt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten hatte.

Erblich belastet, schwer psychopathisch, verursachte er seinen Erziehern während der Pubertätsjahre viel Schwierigkeiten. Zu einer Zeit, wo junge Leute gewöhnlich das kritische Knabenalter überwinden haben, trieb bei ihm die verzögerte Pubertätsreifung die wunderlichsten Blüten. Zuerst gab er sich als Ballkünstler aus, legte sich einen abfälligen Namen an, prellte Schneider um Geld und Anzüge und erhielt für seine Betrügereien sechs Monate Gefängnis. Dann plötzlich entdeckte er in sich den Glauben an den Kommunismus. Er wurde Intimus eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten, ging im Reichstage und in den Abgeordnetenzimmern frei ein und aus, bediente sich der Reichstagsbibliothek usw. Als Mitglied des Reichsverbandes der Vorbestraften lernte er einen gewissen K. kennen, der gleich ihm vorbestraft war. Sie beschloßen, aus Grund ihrer persönlichen Erfahrungen ein „Rechtsbureau“ zu gründen; es ging jedoch bald ein. Dann kauften sie sich in der Mühlstraße falsche Fünfhundert-Markscheine; von Kommunisten, behauptet A. Mit dem Gelde fuhren sie in der Provinz herum und kauften hier Gänse ein, bis sie eines Tages gefaßt wurden. Die Sache sah für beide schlimm aus, sie nahm aber für A. vorläufig einen günstigen Verlauf. Er hatte mit K. in der Untersuchungshaft die Vereinbarung getroffen, daß dieser ihn entlasten würde, er aber als Gegenleistung ihm und seine Frau unterstützen werde. K. hielt Wort; A. aus der Haft entlassen, löste sein Versprechen nicht ein. Darauf belastete K. den A.; als letzterer aufs neue verhaftet werden sollte, war er verschwunden. Er befand sich nämlich in Ungarn, in angenehmer Gesellschaft jener deutschen politischen Emigranten, die beschuldigt wurden, am Erzberger- und Rathenau-Mord beteiligt gewesen zu sein. Das Salomonalische von den Kommunisten zu den Bolschewiken war ihm bereits glücklich gelungen, er war aktiv am Hitlerputsch beteiligt gewesen und wurde von der politischen Polizei ständisch verfolgt. Ungarn aber, das Paradies der deutschen politischen Desperados, dachte nicht daran, A. auszuliefern. Da stellte er sich eines Tages selbst. Seine politischen Hedenreden waren bereits von der Anstaltsleitung, vom Mühlverbrechen glaubte er sich schuldig — das behauptete er wenigstens jetzt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem er sich zu verantworten hatte; er habe wohl gewünscht, daß A. Falschgeld erhalten habe, er sei wohl mit ihm in die Provinz nach Gänzen gelaufen, habe aber nie einen Pfennig Falschgeld verausgabt. A. sein früherer Komplize, der bereits seine zweijährige Zuchthausstrafe in dieser Sache verbüßt hatte, konnte allerdings nicht mit Bestimmtheit sagen, ob A. selbst von dem Falschgeld Gebrauch gemacht habe; eine seiner Erzbrüder behauptete zwar, daß er Konfekt u. dergl. m. für die falschen Fünfhundert-Markscheine gekauft habe, — das Gericht schenkte aber weder dem A. noch der Erzbrüder, verurteilte vielmehr den Angeklagten zu sieben Monaten Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft und stellte ihm eine Bewährungsfrist in Aussicht. Das milde Urteil war u. a. auch dadurch veranlaßt, daß die Gutachter Prof. Henneberg und Dr. Kronfeld den Angeklagten, so wie sie ihn vor mehr als vier Jahren kennen gelernt hatten, als phantastisch-krankhaften Menschen bezeichneten, der gewissermaßen in der Pubertätsperiode stecken geblieben war. Seitdem sei er nachgereift und habe viel von seinen psychopathischen Jügen verloren. A. wird Berufung einlegen; verheiratet und gereift, will er diese Jugendbeleidigung auf sich sitzen lassen. Mag sein, daß er seiner Zeit Tribut gezollt hat. Seine Karriere ist aber charakteristisch für viele seinesgleichen.

Nationalsozialistische Pöbeleien.

Im Verlauf des gestrigen Nachmittags ist es auf dem Potsdamer Platz mehrfach zu Anisammungen händelsüchtiger Nationalsozialisten gekommen, die trotz des Polizeiverbotes demonstrierend ihr volkstümliches Firmenzeichen an die Brust geheftet hatten. Polizeibeamte sorgten dafür, daß die offensichtlich provokativen der Hitlerwörter nicht den beabsichtigten Erfolg erzielten. Charakteristisch für die geistige Einstellung des „Stahlhelm“ scheint es zu sein, daß ein sozialagener Stahlhelmsoldat, der ein illustriertes Nationalsozialistenblatt vertrieb, die vom Polizeipräsidenten verbotenen Hakenkreuzfahnen nach korrekt nationalsozialistischem Muster auf sein Werbeplakat gesteckt hatte. So offensichtlich harmonisieren Soldateschwarzweihrote Kolonnen mit dem gemeingefährlichen des Dr. Goebbels.

Ein unverkennbares Heppampthet der Hafentruer, das auf dem Potsdamer Platz verteilt wurde, leistete sich den Bierst, vom Terror des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Todschlagsjünglinge vom Hitlerkreuz zu sprechen.

Unregelmäßigkeiten beim Bezirksamt Kreuzberg.

Beim Bezirksamt Kreuzberg schweben gegenwärtig zwei Untersuchungen gegen Magistratsräte, gegen die der Vorwurf erhoben wird, Unregelmäßigkeiten bei der Zuweisung von Wohnungen begangen zu haben. Schon vor langer Zeit war an das Bezirksamt eine Mitteilung gelangt, daß ein Magistratsrat in einer über den üblichen Dienstverehr hinausgehenden Weise mit Wohnungsmitteln verkehre, und es wurden dabei Andeutungen gemacht, daß der Magistratsrat an den Geschäften dieser gewerbmäßigen Vermittler finanziell nicht völlig unbeteiligt sei. Auf Veranlassung des zuständigen Dezenten und des Bürgermeisters wurde daher eine Prüfung der Bücher und der Belege vorgenommen; das Bezirksamt sah sich daraufhin veranlaßt, die Angelegenheit der Kriminalpolizei zur weiteren Bearbeitung zu übergeben. Nach eingehenden Ermittlungen gab dann die Polizei das Material an die Staatsanwaltschaft zur Prüfung weiter. Wie wir erfahren, wird sich das Gericht mit dieser Angelegenheit in Kürze zu befassen haben. Der Magistratsrat ist seit der Revision durch seine vorgelegte Dienststelle seines Postens entzogen worden.

Ferner schwebt ein Verfahren gegen den Magistratsrat Hauptmann, der beim Bezirksamt die Wohnungszuweisungen zu bearbeiten hatte. Hier wird behauptet, daß H. Wohnungen, die eigentlich unter die Zwangswirtschaft fielen, weil trotz ihrer Größe der Mietpreis unter der gesetzlich freigegebenen Höhe von 3000 Mark lag, an befreundete Personen abgegeben habe, die sich nicht im Besitz der weichen Wohnungsbewirtschaftungsbescheinigung befanden. Auch gegen Dr. Hauptmann schwebt das Disziplinarverfahren. Auch diese Angelegenheit wird das zuständige Gericht noch beschäftigen.

Ein Verlorener.

Wiederholend ist der Beginn der Verbrechensaufbahn des 17jährigen Hubert Timm, der vollständig vor Gericht eingestanden, nicht weniger als 21 Einbrüche und davon die meisten auf dem Wege der Fassaufschlüsselerei in Willen der Umgehend Berlins unternahm zu haben. Anknüpfend stand der junge Bursche unter dem Einfluß des erheblich älteren Arbeiters Höbel, der bei den Einbrüchen als Aufpasser mitwirkte, und sich die Diebesbeute herausreichen ließ. Timm ist auch mit falschen Papieren auf die Wanderschaft gegangen und hat nach seinem Geständnis in einem Dorfweidwirts haus die Ladentasse beraubt. Das Schöffengericht hatte Timm zu 2 Jahren Gefängnis und Höbel zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide Angeklagte wollten eine Herabsetzung der Strafe durch die Berufungsinstanz, und das Bestreben von Timm war, statt ins Gefängnis, in die Fürsorgeerziehung zu kommen. Nach dem

Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Hirsch ist er ein minderwertiger Mensch ohne jede Hemmung. Die Strafkammer des Landgerichts III verwarf aber die Berufung der Angeklagten und beließ es bei der von der ersten Instanz erkannten Strafe.

Neue städtische Verkehrspläne.

Weiterer Ausbau des Schnellbahnnetzes.

Der Ausschuss der Hoch- und Unergrundbahngesellschaft, der gestern zum erstenmal nach seiner Ergänzung durch städtische Vertreter zu einer längeren Sitzung zusammentrat, beschäftigte sich mit Vorschlägen für den weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes. Er verabschiedete zwei Vorlagen.

Die eine sieht die Verlängerung der Strecke Schönhauser Allee-Nordring in der Richtung nach Pankow vor. Es soll bei den städtischen Körperschaften die Genehmigung für die Fortführung dieser Linie bis zum Bahnhof Pankow-Schönhausen der Bernauer Vorortstrecke nachgesucht werden. Nach den Vorschlägen des Ausschusses der Hochbahn soll die nächste hinter dem jetzigen Bahnhof Nordring gelegene Station, der Bahnhof Eplanade noch als Hochbahn ausgeführt werden, der zweite Bahnhof, der als Umsteigebahnhof zur Vorortbahn in Frage kommt, soll bereits als Unergrundbahn gebaut werden. Man will zunächst den ersten Bahnhof in Angriff nehmen, weil nur dadurch sich eine Verstärkung des Verkehrs auf der Nordstrecke der Hochbahn ermöglichen läßt. Die jetzigen Verkehrsverhältnisse sind vollkommen unzureichend.

Die zweite Vorlage betrifft die Heranzuführung der westlichen Linie der Hoch- und Unergrundbahn vom Bahnhof Stadion aus an die Spandauer Chaussee. Man will dadurch erreichen, daß der Spandauer Verkehr einen möglichst günstigen Anschluß an das Schnellbahnnetz erhält. Der Bahnhof soll so angelegt werden, daß der Umsteigeverkehr zur Straßenbahn möglichst einfach bedient werden kann. Die Kosten für dieses Verbindungsstück sind verhältnismäßig niedrig. Sie werden auf etwa 2,5 Millionen Mark geschätzt. Man hofft, diese beiden neuen Strecken durch die Verkehrserträge der Verkehrsunternehmungen in diesem Jahre finanzieren zu können.

Die zuständigen städtischen Deputationen für Verkehr und Tiefbau werden sich in nächster Zeit mit beiden Vorlagen beschäftigen, die dann noch vor den Ferien dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden sollen.

Noch einmal Kommunistenrummel.

Um die kurze Zeit vor dem polizeilichen Demonstrationsverbot noch einmal weidlich auszunutzen, veranstalteten gestern die Kommunisten mit viel Trara, zahlreichen Plakaten und Kampfschwüren eine Anzahl Straßendemonstrationen im Westen und Norden der Stadt, die ausnahmslos einen ruhigen Verlauf nahmen. Die Umzüge wurden durch Polizei gedeckt, zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Im Osten trafen sich die einzelnen Kreise nach längerem Ummarschen auf der Weidewiese. Ein starkes Polizeiaufgebot sorgte für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. In Reußlin veranstalteten die Kommunisten eine größere Kundgebung auf der Schillerpromenade, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog und mit einem Fackelzug endete. Zu Störungen bei diesen Kundgebungen ist es nicht gekommen.

Eine vierte Starkstromleitung nach Berlin.

Die Elektrowerke haben, wie die Konjunktur-Korrespondenz erfährt, jeben das Enteignungsrecht für eine vierte Großkraftleitung nach Berlin erhalten. Die neue Leitung wird von Treptendorf über Spandau nach Moabit geführt und dient in erster Linie als Reserve für die Stromzuführung der Berliner Stadtbahn. Bisher bestehen die Leitungen von Golpa nach Berlin, von Treptendorf nach Berlin, von Jchornewitz nach Berlin. Mit dem Bau der neuen Leitung ist bereits begonnen worden. Bekanntlich soll die Lieferung von elektrischem Strom für die Stadtbahn durch die Bewag (Berliner Elektrizitätswerke A. G.) und die Elektrowerke ab 1. April 1928 aufgenommen werden.

Vorort-Expresstzug jetzt auch über Berlin.

Die durchgehende Abfertigung von Expresstzügen zwischen Vorortstationen verschiedener Strecken über Berlin war bisher nicht möglich, wenn Ringbahnstrecken berührt wurden. Eine Ueberführung durch Fuhrwerk zwischen den Berliner Bahnhöfen, zwischen denen im Fernverkehr Expresstzug überführt wird, war nicht vorgesehen. Künftig soll auch dem inzwischen aufgetretenen Bedürfnis entsprechend im Verkehr zwischen Vorortstationen über Berlin Expresstzug durch Fuhrwerk zwischen den Bahnhöfen Friedrichstraße, Inhalter Bahnhof, Potsdamer Bahnhof, Potsdamer Ringbahnhof, Wanneseebahnhof, Götlicher Bahnhof, Steintor Bahnhof und Behrer Bahnhof überführt werden. Für diese Ueberführung wird die für den Fernverkehr vorgesehene geringe Gebühr erhoben.

Ferienfahrten der Naturfreunde.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, hat seinen bereits angekündigten Ferienwanderungen noch zwei hinzugefügt, die durch die Sächsisch-Schweiz und durch Tirol gehen. Nach der Sächsisch-Schweiz geht es vom 24. bis zum 31. Juli. Die Wanderung führt über Dresden, Bastei, Rathen, Prebischtor, Edmundsflam (Rahnsfahrten), Schrammsteine, Schandau. Teilnehmerpreis für Mitglieder 40 M., für Nichtmitglieder 44 M. (Bahnfahrt hin und zurück, Quartier (Betten), Morgenkaffee, Mittagessen und Beköstigung der Grenzauweide). Auskunft erteilt Fritz Schuppe, R. 20, Eulerstr. 23 vorn IV. — Vom 13. bis zum 28. August wird das Berchtesgadener, Salzburger und Tiroler Land besucht. Auf der Wanderung werden nachstehende

Funkwinkel.

Immer wieder hat man sich daran versucht, längst vergessene Dichter und Schriftsteller künstlich ins Leben zurückzurufen, sie gewissermaßen zu galvanisieren. Schon seit Lessing datiert in Deutschland das menschenfreundliche Bemühen. Und einmal galt sogar Goethe als der wegweisende Kritiker seiner Zeit. Aber was selbst sogar einem Goethe recht bleibt, ist dem guten Schmidt von Bernuchen noch lange nicht billig. Dankenswert bleibt Adhns Versuch, aber weder die einseitige Charakteristik noch die Resignation dieser ländlichen und biedereren Schichten können von dem bleibenden Wert und der Größe ihres Schöpfers überzeugen. Ein sehr ernstes soziales Problem berührt Dr. Paul Kaitner in seinem Vortrag „Schuldner als Erwerbsloser“. Er weist darauf hin, daß nicht so sehr die Arbeit als die schlechte Wohnverhältnisse das jugendliche Leben zerstöre. Selbst der Aufenthalt in der besten Ferienkolonie schafft keine Besserung, wenn das Kind nachher wieder in die alte Trübsal verlegt wird. Die meisten dieser armen Geschöpfe haben nicht einmal ein eigenes Bett. Durch das Fehlen von 1908 hat sich in der Ausbeutung der Kinder vieles gebessert, aber heute noch werden viele dieser Lebertreibungen des Geldes aus Furcht vor Bestrafung verschwiegen. Und wer schüßt die Kinder vor der Ausbeutung durch die eigenen Eltern? Die ganze Beschäftigung für Kinderarbeit bedeutet nichts weiter als einen schmerzhaften Anfangsversuch. Hier bleibt noch schwere Arbeit zu leisten. — Die Uebertragung des „Freischütz“ aus der Städtischen Oper ist im großen und ganzen befriedigend. Wie immer ist das Verhältnis von Orchester und Gesangsstimme ausgefallen. Aber hin und wieder stören diesmal undefinierbare Geräusche und plöbliche Unterbrechungen.

Punkte berührt: Berchtesgaden, Königssee, Berzen (Clarisenhöhle), Saalfelden, Kuffstein, Innsbruck, München. Teilnehmerpreis 150 M. (Bahnfahrt hin- und Rückfahrt von Berlin, Nebenbahnen, Besichtigungen, Autofahrt, Quartier, Abendessen [warm], Frühstück.) Anmeldeungen bis 15. Juni. 30 M. Anzahlung an Richard Walter, Neutölln, Siegfriedstr. 55. Auf die übrigen Ferienfahrten nach dem Fichtelgebirge, Schwarzwald, Borsberg-Tirol-Oberbayern wird nochmals hingewiesen. Nähere Auskunft erteilt die Wanderauskunftsstelle Br. D a m n i h, R 65, Lüderstr. 58.

Psychopathen auf der Anklagebank.

Kriminelle Psychopathen! Das sind die Schmerzenskinder der Rechtspflege und des Strafvollzugs. Der Zurechnungsparagraf 51 in der heutigen Fassung trifft auf sie nicht zu; entsprechende Anstalten für sie gibt es nicht; so werden sie immer wieder zu Gefängnisstrafen verurteilt und dürfen nach ihrer Befreiung bis zur neuen Verhaftung ihr gemeinsames Treiben fortsetzen. Der neue Strafrechtswurf bringt eine günstigere Fassung des Zurechnungsparagrafen; der neue Entwurf des Reichsstrafvollzugsgesetzes sieht auch Anstalten für psychopathische Kriminelle vor. Es kann aber noch eine Weile dauern, ehe diese Anstalten Wirklichkeit werden. Vorläufig gibt es Tage in Moabit, da der psychiatrische Sachverständige in fünf, sechs oder mehr Fällen sein Gutachten abzugeben hat. Hier einige Kriminalfälle von einem Tage.

Der Ringnepper mit der Weltanschauung.

Ein Rheinländer mit regelmäßig geschnittenen Jügen, grau meliertem Haar und angenehmem Bariton. Er zählt fünfzig Jahre und hat davon fünf und zwanzig in Gefängnissen und Irrenanstalten verbracht. So hatte er Ruhe genug, sich eine besondere „Weltanschauung“ zurechtzumischen. „Jeder Mensch“, sagt er, „muß seinen Willen üben und in sich eine innere Kultur schaffen. Das bedeutet das Höchste. Hat er aber dieses Höchste erreicht, so bedarf er nicht mehr seiner Mitmenschen. Dann ist ihm auch alles erlaubt.“ Und so glaubte er auch die Leute um kleine Summen neppen zu dürfen, um seiner „Weltanschauung“ leben zu können. Das machte er ganz einfach. Er ging in eine benachbarte Baden, bat, daß man ihm 5 oder 10 M. borge und ließ als Pfand seinen Trauring. Das war aber regelmäßig ein Reffinging. Diese Ringnepperie übte er schon fünf und zwanzig Jahre aus — stets mit dem gleichen Erfolg, daß der Gneppete um sein Geld und er um seine Freiheit kommt. Er legt auch seinen besonderen Wert auf die Freiheit. „Es ist mir ganz einetel, wo ich lebe, im Zuchthaus oder in der Irrenanstalt, ich lebe stets nur meiner Weltanschauung und bedarf der Menschen nicht.“ — Dr. Hirsch wollte in diesem Falle den § 51 angewendet wissen, da man es hier mit einem psychopathischen Degenerierten zu tun habe, der von einer überwertigen Idee beherrscht sei. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Als gemeingefährlicher Gestesfranker kommt er nun in eine Irrenanstalt.

Der Filmschauspieler mit dem Größenwahn.

Dieser hier ist schon weniger harmlos. Er trägt den Namen eines nicht ganz unbekanntes Filmschauspielers. Auch er glaubt, daß ihm alles erlaubt sei, weil er eben ein großer Künstler ist und alle anderen ihm nicht an seine fingerfertigen heranreichen. Wie er deshalb Unannehmlichkeiten mit seiner Vermieterin hatte, schrieb er ihr, ihrer Rechte, einer früheren Mitbewohnerin und einem Hauptmann Briefe, die von unflätigen Ausdrücken nur so strotzten. Er wurde schließlich in Haft genommen und erschien vor Gericht, nachdem er vier Wochen im Untersuchungsgefängnis verbracht hatte. Er steht heute noch voll und ganz zu seinen Briefen: die Empfänger verdienen nicht anders behandelt zu werden. — Auch hier, erklärte Dr. Hirsch, habe man es mit einem schweren Psychopathen zu tun. Das Gericht verurteilte diesen Filmschauspieler wegen Beleidigung zu vier Wochen Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Die periodische Taschendiebin.

Eine Frau als Taschendiebin, ohne nämliche Helfer, allerdings keine alltägliche Sache. Die R., eine schöne, blonde Frau in den dreißiger Jahren, Kriegermutter, hat aber schon im Jahre 1910 zum erstenmal wegen eines Taschendiebstahls das Gefängnis kennen lernen müssen. Bald darauf erfolgte ein zweiter Taschendiebstahl. Dann trat eine Pause ein. Nach dem Kriege fiel sie aber von einer Strafe in die andere: sie konnte nichts dafür, daß sie stohle, sie tue dies zwangsläufig und immer nur zu gewissen Zeiten, die mit bestimmten Funktionen ihres Organismus zusammenfallen. — Der psychiatrische Sachverständige meinte auch hier eine schwere Psychopathie feststellen: der § 51 komme jedoch selbst bei der Annahme einer gewissen Zwangsmäßigkeit in ihren Handlungen nicht in Betracht. So blieb dem Gericht auch diesmal nichts anderes übrig, als die weinende Frau zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen.

Sonntagsdienst im Reichsbanner-Gaubureau. Aus Anlaß des Stahlhelmtages ist das Gaubureau von Sonnabend, den 7. Mai, nachmittags 9 Uhr, bis Montag, den 9. Mai, nachmittags 6 Uhr, ununterbrochen geöffnet und stets mit einem verantwortlichen Gauvorstandesmitglied besetzt. Für Nachfragen bitten wir unsere Telephonnummern Montag 3495 und 14541 zu benutzen.

Kein Stahlhelmquartier. Die Mitteilung der „Roten Fahne“, nach der im Lokal von Schreiner in Johannisthal, Friedrichstr. 6, 100 Hafentruerler einquartiert werden, beruht auf Unwahrheit. Es werden in diesem Lokal weder Hafentruerler einquartiert noch verpflegt.

Freie Sozialistische Hochschule. Der nächste und letzte Vortrag in diesem Semester findet am kommenden Sonnabend, dem 7. Mai, abends 7½ Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, statt. Genosse Dr. Breilich, M. d. R., spricht über das Thema: „Sozialistische Außenpolitik“. — Karten zum Preise von 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 3; Buchhandlg. A. H. Diehls, Lindenstr. 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstr. Ecke Luisenfer; Zigarettengeschäft Hirsch, Enckeufer 24/25; Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 24/25 (Gewerkschaftshaus); Verlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreißendstr. 5; Tabakvertrieb, Ansestr. 6; „Werkfreunde“-Buchstaben, Potsdamer Str. 104, sowie in allen „Vorwärts“-Spezialtionen.

Das Wanderland Ball. Der berühmte Sächselim, wird am Sonnabend 7. Mai, abends 8 Uhr und Sonntag 8. Mai, nachmittags 4, 6 und 8 Uhr im Bildtheater der Krestower Sternwarte vorgeführt. Lola Kreuzberg hat die Expedition nach dieser Insel unternommen und zeigt in dem Film die Natursehenswürdigkeiten des Landes und das Leben der Eingeborenen. Dir. Dr. Ardenhold spricht am Dienstag, 10. Mai, abends 8 Uhr, unter Vorführung von zahlreichen Licht- und Drehbildern über „Kupfer, Saturn und die Sonnenentfernten Planeten“. Am Mittwoch, 11. Mai, abends 8 Uhr, hält Dr. Sander einen Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern, zum Teil Naturfotografien: „Mit der Kamera durch die West-Brandenburg“.

Gaubeinsturz in New York.

New York, 6. Mai. (WZB.) In der Nähe des East River ist ein zweistöckiges Gebäude eingestürzt, wobei sechs Personen getötet und über zwanzig verwundet wurden. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß ein Gasbehälter explodierte und durch Explosion ein unter dem Gebäude liegender Wasserrohrstrang zerstört wurde.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachfr. verb.) Teils heiter, teils wolfig, mäßig warm und trocken. — Freitagsland: Am Osten kühl, sonst ziemlich warm und meist heiter. Nebelwäzenden.

Der Kampf um die Seele der Justiz.

Justizetat vor dem Landtag. — Rechtspflege und Presse.

In der Freitagssitzung überwies der Preussische Landtag zunächst einen demokratischen Antrag auf Beseitigung der Futtermittelzölle ohne Aussprache dem Landwirtschaftsausschuss. — In der fortgesetzten Aussprache über den Justizetat erhält zunächst das Wort:

Abg. Obach (Komm.): Gegen die Person des ausgeschiedenen Justizministers Am Jahnhoff haben wir niemals etwas zu kritisieren gehabt. Um so mehr wenden wir uns gegen den noch in seinem Ressort ausgearbeiteten volksfeindlichen Justizetat. Wir kommen immer tiefer in die Vertrauenskrise der Justiz hinein. Ueber eine Amnestie der politischen Gefangenen hat der neue Minister kein Wort gesagt. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Stellung zur Klassenjustiz völlig umgeschwenkt. Die Aufkündigung der Weimarer Koalition von seitens des Zentrums hat den sozialdemokratischen Goliaths das Rückgrat gebrochen. (Lachen bei den Soz.) Abg. Kuttner hat sich im Ausschuss mit der Beurteilung des Stahlheimers, der in Düsseldorf einen Reichsbannermann erschlug, zu zwei Jahren Gefängnis ausdrücklich einverstanden erklärt. (Widerspruch des Abg. Kuttner: Ich habe mich dagegen gewehrt, daß dieser Mann nach Ihrem Amnestieantrag freigelassen werden soll! — Hört! hört! bei den Soz.)

Abg. Haake-Viegmig (Wirtsch. Bg.) ist der Ansicht, daß Urteile in politischen Prozessen bestimmte Volksteile immer unbefriedigt lassen. Die Gefängnisarbeit dürfe dem Handwerk keine Konkurrenz machen.

Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg:

Ich bin mir der schweren Verantwortung meines Amtes durchaus bewußt und dankbar für die mir zugelegte Hilfe. Die Behauptung des Abg. Heilmann, daß 99 Prozent der Richter aus den bestehenden Klassen stammen, halte ich für falsch. Ich will aber gern einmal statistisch feststellen lassen, wieviel Richter aus dem Mittelstand und etwa aus der Arbeiterklasse stammen. Einfluß auf die Auswahl der Strafrichter hat die Justizverwaltung bei der Besetzung der Landgerichtsdirektorenposten. Ueber die Todesstrafe war die Entscheidung im Kabinett und im Reichstag gefallen, ehe ich in mein Amt kam. Erlassen Sie mir deshalb meine persönliche Stellungnahme! Im Falle Jürgens liegt mir das Urteil noch nicht vor. Staatsanwalt Jordan (Stargard) ist vom Kammergerichtspräsidenten zur Vertretung der Anklage gegen Jürgens bestellt worden. Auch die außerordentliche Schwurgerichtstagung im Fall Wilms ist von den zuständigen Präsidenten des Landgerichts und Kammergerichtes beantragt worden. Im Falle Westling (Landsberg) haben wir einige Maßnahmen dieses Vorliegenden im Fernprozeß mißbilligt, aber zum Disziplinarverfahren liegt kein Grund vor. Wegen des Ueberfalles auf dem Bahnhof in Lichterfelde sind noch 7 Nationalsozialisten in Untersuchungshaft. Für eine Amnestie kann ich mich nicht aussprechen; denn wir haben in ganz Preußen nur 81 politische Gefangene und keinen mehr. Unter den Schöffen sind 26 Prozent, unter den Geschworenen 18 Prozent Arbeiter. Eine Einschränkung der Eidesflut erwarte ich durch das neue Strafgesetzbuch. Wir werden unermüdet an der Verbesserung der Rechtspflege arbeiten. (Bravo!)

Abg. Bartels-Kresfeld (Winter Kommunist): Nur mit den Waffen in der Hand werden wir die Klassenjustiz überwinden. Wir müssen Schluch machen mit dem Reformismus aller Richtungen. Hoch die bewaffnete Revolution! (Lachen!)

Abg. Kuttner (Soz.):

Mit der Vertrauenskrise der Justiz ist es uns so gegangen, wie in einer gut bürgerlichen Familie mit dem petulischen Fehltritt eines jungen Mädchens: man hat sich solange vorgenommen, möglichst wenig davon zu reden, bis die unangenehme Geschichte allgemein bekannt war. (Heiterkeit!) Diese Vertrauenskrise ist der Zenitpunkt unserer Debatte, es ist der

Kampf um die Seele der Justiz.

In diesem Kampf muß ich der Presse eine wichtigere Rolle zuweisen, als es gestern der Herr Justizminister getan hat. Der Kampf gegen alle großen Justizräuber von Voltair bis Zola ist ein Kampf der Publizisten gegen die Juristen gewesen. Wenn wir in Deutschland nicht die anständige freie Presse hätten, sähe heute Haas (Magdeburg) im Zuchthaus und der Mörder Schröder liefere frei umher. (Sehr gut! links.) Die Presse ist das Barometer des öffentlichen Gewissens, und die Justiz kann nicht ohne schweren Schaden seinen Stand übergeben. Oberflächliches Schimpfen und Voltern gegen die Justiz hat in unserer Presse keinen Raum. Aber noch nach dem Urteil im Fememordprozeß Wilms las ich in der „Deutschen Tageszeitung“: „Ungeheuerliches Bluturteil“, in der „Deutschen Zeitung“: „Zweierlei Maß aus Angst vor der Strafe“, in der „Täglichen Rundschau“: „Ein Urteil, das in weitesten Kreisen des deutschen Volkes Entsetzen und Empörung auslösen wird“. Und dann klagen hier die Herren Rechtsparteiler dar-

über, daß durch unsere angeblich übertriebene Kritik die Richter nervös würden. (Sehr gut! links.) Wir sollen die Justiz durch parteipolitische Einflüsse gefährden. Die vier Fälle des letzten Jahres, in denen parteipolitische Voreingenommenheit die Rechtspflege direkt angefaßt hat, sind folgende: 1. Strafanstaltspfarrer Pentzschke, angeklagt wegen Begünstigung der Fememörder im Falle Wilms. 2. Der Direktor der Strafanstalt Neumünster, verurteilt wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder. 3. Strafanstaltsdirektor Nicolai (Lichtenburg), angeklagt wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder, seither verstorben. 4. Im Fememordprozeß in Gießen wird festgestellt, daß der Referendar des Untersuchungsrichters den Angeklagten Heinz dauernd über die Zeugenaussagen informiert hat.

Haben die Herren von der Rechten ein einziges Gegenbeispiel von Begünstigung schuldiger Sozialdemokraten in der Justiz?

Wie steht es übrigens mit dem Referendar Friedrich in Raumburg, der in dem jüngsten Prozeß in Weipzig seine Zugehörigkeit zur O.C. und zum Wikingbund zugegeben hat? — Nach der Berliner Universitätsstatistik von 1910 — eine jüngere existiert nicht — waren unter den Rechtsstudierenden 80 Proz. aus großbürgerlichen Kreisen, 20 Proz. aus dem Mittelstand, kein einziger aus der Arbeiterklasse. (Hört, hört! links.)

Der Redner der Volkspartei hat unsere Kritik in einem Punkt berechtigt gefunden: gegenüber der milden Bestrafung von Ministerbeleidigungen. Schweigend ist er aber trotz des Plauener Prozesses über den

Sumpf von Korruption und Diebstahl

hinweggegangen, den auf diesem Gebiet die Deutschnationale Volkspartei angelegt hat. Hauptbeteiligt daran sind neben ihrer offiziellen Geschäftsstelle Herr Reichstagsabgeordneter Leopold und Herr Landtagsabgeordneter Krenkel. Der letztere hat, vielleicht mit Hilfe seines Geldgebers Bodmann, monatlang den aus dem Zuchthaus Ludau entlassenen Dieb und Urkundenfälscher Zeuner unterstützt, weil dieser Verhaftungsmaterial zu liefern versprach. Herr Bacmeister und Herr Kuhnmann haben einen Berliner Bankier bearbeitet, Herrn Schlichting ein größeres Darlehen zu geben, damit er ihnen sein Material gegen Seevering ausshändigte. Der betreffende Bankier hat abgelehnt, aber Herr Schlichting hat das Geld von einer, dem deutschnationalen Abgeordneten Reger-Hermisdorf nachstehenden Bank erhalten. (Hört, hört!)

Im Plauener Prozeß hat Herr Knoll unter Eid ausgefragt, er habe sein Material aus amtlichen Akten, die ihm Kuhnmann im Auftrage von Oberstaatsanwalt Linde und Generalstaatsanwalt Lindow übergeben habe. Warum wird kein Verfahren wegen Meineids gegen ihn eingeleitet?

Herr Bacmeister hat unter Eid bestritten, daß er Knoll ausgefragt hätte. Aber zwei Zeugen, Affessor Dr. Dieb und Stadtrat Tenzel-Münster wollen beschwören, daß Bacmeister sich Anfang 1925 an sie gemeldet habe mit der Bitte um Geld für Knoll, weil Knoll wichtiges Korruptionsmaterial gegen Stresemann und Litwin besäße. Das Material besaß eigentlich nicht Knoll, sondern Kranz, ein ehemaliger Angestellter des Reichsgerichtes. Es ist nicht ganz leicht, diese verschiedenen Spießkränzen auseinanderzubehalten. (Heiterkeit!) Staatsanwalt Belzer hat Kranz telegraphiert, er möchte an den Hehlereiparagrafen denken. Aber kein Staatsanwalt hat bisher Anklage erhoben.

am wenigsten Herr Belzer, der auch seine amtlichen Akten in der Aneipe liegen ließ, damit Knoll das Material an sich nehmen konnte. Daß dieses Material, um das sich auch Oberregierungsrat Goebel und Hauptgeschäftsführer Dr. Weß von der Deutschnationalen Volkspartei bemüht haben, von vornherein gegen Stresemann gerichtet war, geht aus dem Prozeß hervor, den ich bereits am 22. Oktober 1925 hier verlesen habe und auf den Tisch des Hauses lege. Es heißt darin, daß Stresemann schwer befaßt sei durch seine Beziehungen zu Litwin, den Schwager des Generals Rollet. Zur Charakterisierung des Affessors Kuhnmann verlese ich ferner ein Urteil der 3. Zivilkammer des Landgerichtes II, vom 29. März 1927. Es heißt darin, daß Kuhnmann zu unrecht von dem Ehemann W. Erich der Auslagen der Reise fordere, die er mit dessen Ehefrau gemacht habe, da er zugegebenermaßen auf dieser Reise mit der Frau des W. E. befreundet gewesen habe. Auch der Auffassung Kuhnmanns, daß es sich dabei um eine Geschäftsführung ohne Auftrag handle, könne das Gericht nicht beitreten. (Schallende Heiterkeit!)

So sieht der Reingler Deutschlands aus, der wirklich Vater der ganzen Enthüllungsgeschichte. Aber Kuhnmann ist noch immer preussischer Richter.

Kann das Justizministerium wirklich mit ihm nicht fertig werden? Ist es wahr, daß er noch immer in der Staatsanwaltschaft 1 wichtige

Hintermänner hat? Er hat damit gepraßt, daß, wenn er reinfleige, er noch ganz andere Leute reinlegen würde. Fürchtet man ihn etwa? Jedenfalls hat die Deutschnationale Volkspartei mit ihrem Spießbüreau einen erheblichen Teil der Staatsanwaltschaft fortrumpelt, und ich möchte heute eine klare Erklärung darüber, wie sie zu den Herren Weß und Goebel, Bacmeister, Leopold und Krenkel steht. Sehr gut! links.)

Ein paar Fragen zum Schluß. Warum sind die Attentäter gegen den russischen Minister Riljufom nach Verbüßung eines Viertels ihrer Strafe begnadigt worden? Warum wird wegen Beleidigung eines Reichswehrsoldaten öffentliche Anklage erhoben? Wann wird endlich die preussische Justiz Herrin von Kähne das Schießen und Prügelein abgewöhnen? Solange die preussische Justiz so schwere Mißstände aufweist, wie die, die wir im Hauptauschuss und hier gekennzeichnet haben, kann und wird unsere Kritik nicht schweigen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Seelmann (Dnat.): Mit Kuhnmann haben wir nichts zu tun. Bacmeister steht uns fern und Kollage Krenkel ist erkrankt. Wir wenden uns nur dagegen, daß die Richterstellen parteipolitisch besetzt werden und der Klassenkampfgedanke den Rechtsgedanken überwiegt. Von dem Justizministerium möchten wir eine Auskunft, welche Feststellungen das Urteil in der Disziplinarfrage des Landgerichtsdirektors Hoffmann gegen den Oberpräsidenten Hörsing enthält. (Justizminister Schmidt: Das Urteil ist am 3. Mai bei uns eingegangen, und ich habe es noch nicht gelesen. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wer ist der Spieß im Justizministerium?) Das Verhalten des Justizministeriums im Falle Jürgens ist uns unverständlich.

Abg. Dr. Besser (Z.) bedauert das milde Urteil im Disziplinarprozeß gegen Dr. Thiele und tritt für Reformen im Straßpolizist ein. Abg. Menzel (Komm.) führt Klage über den Kampf gegen die „rote Hilfe“.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend vormittag 10 Uhr vertagt.

Groß-Berliner Parteinaufrufen.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim, Lindenstraße 3.

- 2. Kreis Tiergarten. Sonntag, 8. Mai, vormittags 10 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Krüger, Rutilgstr. 10.
- 7. Kreis Charlottenburg. Sonntag, 9. Mai, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung im Zimmer 1 des Rathauses. Erscheinen ist Pflicht.
- 7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, 7. Mai, von 3-6 Uhr im Jugendheim Köpenickerstr. 4.

19. Kreis Prenzlau. Montag, 9. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Meier, Rüstisches Zeit. Prenzlau, Breite Str. 14, Kreisbelegiertenversammlung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

48. Bd. Sonntag, 8. Mai, vormittags 10 Uhr, Besprechung bei Weinzierl, Reichensberger Straße. Achtung! Die Funktionärssitzung am Montag, 9. Mai, fällt aus.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Gruppe Niederhagenhausen. Montag, 9. Mai, 6-8 Uhr, in der Gemeinschaftsschule Niederhagenhausen. Mittwoch, 11. Mai, 6-8 Uhr, Spielen auf dem Sportplatz am Reiterweg, Donnerstag, 12. Mai, 6-8 Uhr, Spielen und Reizepiele in der Gemeinschaftsschule. Sonnabend nachmittags „Muff“.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Sonnabend, 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Kattbuser Lotz Jugendheim Reichensberger Str. 66, Heimabend. — Reichensberger-Platz Treffpunkt zum Tischtennisabend 1/2 Uhr „Seebad“.

Bezirksrat Bernauer Weg: beim Postamt Str. 62, Bezirksratnachbesprechung. Die Kundgebung am Montag, 9. Mai, fällt aus.

Bezirksrat Reinickendorf: Wahlbestimmungen: Mit der Arbeiterjugend durch Stellen in der Aula der Berufsschule in Borchgrevinkstr. Eintritt frei.

Morgen, Sonntag, 8. Mai:

Reichenow: Jacht. Treffpunkt 7 Uhr Wannenseebahnhof Reichenow. — Westen 1 und 11: Jacht. Treffpunkt 6 Uhr Wilmstraße. — Schöneberg: beim Hauptkreise 15, Heimabend. — Lichterfelde: Rosenparkplatz. Treffpunkt früh 4 Uhr Bahnhof Botanischer Garten. — Tempelhof-Bezirk: beim Germaniastraße 46, Ausspracheabend. — Wannsee: Schule Charlottenstraße, Spielabend.

Lichtenberg-Mitte, Nord, West: Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Jahrgeld 20 Pf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wissenschaftlicher Verein Groß-Berlin, 8. Mai: Kaminierfrauen, Bremer Straße 74; Vortrag: „Die Frau und die Wissenschaft.“ — 8. Mai: Deutsche Studentenschaft, 78. Vortrag: „Das Kaminierwesen, die Kaminierin und der Heilvorgang“, mit Lichtbildern, Schloß, Rathausstr. 166; Vortrag: „Wagen und Kaminieren“, mit Lichtbildern, Kaminier, Rathausstr. 166; Vortrag: „Recht, Wahrheit, 6. Vortrag: „Althum“, Stogly, Althumhof, Althumstr. 14; Vortrag: „Die Welt und Kaminierwissenschaften“, mit Lichtbildern, Friedenau, Lehmannstraße, Wandringstr. 64; Vortrag: „Kaminieren“, mit Lichtbildern, Halleser, Hiltorfstr. 10; Vortrag: „Kaminieren“, mit Lichtbildern. — 18. Mai: Sozialistischer, Reichsamt, Schöneberg, Friedlandstr. 6; Vortrag: „Geschlechterverhältnisse und das Geschlechterverhältnis“, mit Lichtbildern. — Weissenhof, Geschäftsgebäude (Wiederholung), Poststraße; Vortrag:

Zunz-Filialen

in Berlin:

- Tauernstraße 15 / Leipziger Str. 63
- Spittelmarkt 8/10 / Brunnenstraße 45
- Schönhauser Allee 71 / Neußlin
- Bermannstraße 46 / Potsdamer Straße 54
- Müdderger Platz 4 / Oranienstraße 155/56
- Dresdner Straße 130 / Bräudenstraße 60
- Neue Poststraße 5 / Turmstraße 48
- Wilsnacker Straße 50 / Chausseestraße 69
- Bodstraße 15 / St. Franziskaner Straße 112
- Roppenstraße 77 / Frankfurter Allee 12
- Uhlandstr. 46 / Wrangelstr. 58 / Friedenau
- Rheinstr. 1/3 / Charlottenburg, Wilmersdorfer
- Straße 50/51 / Calenlee, Weißhofsstr. 49
- Wilmersdorf, Weststraße 33a / Wilmersdorf
- Berliner Straße 132/133 / Magdeburger Platz 4

Bitte anfordern!

Gutschein

(giltig bis einschließlich 12. Mai 1927)

für 1 1/2 Pfund

Zunz Karlsbader Melange

„halb und halb“

zu 25 Pfg.

A. Zunz sel. Wwe.

Jeder Überbringer kann nur eine derartige

Probepackung erhalten.

Zunz „halb u. halb“

gibt dem Kaffee doppelte Kraft!

Wer einen besonders kräftigen Kaffee, der bei aller Schwere von feinstem Aroma ist, zu mäßigem Preise sucht, bevorzuge Zunz „halb und halb“ (Melange), die Mischung aus hell und sandiert geröstetem Kaffee. Immer wieder wird diese Mischung in meinen Kaffeehäusern verlangt, ein Beweis, daß sie dem Berliner Geschmack und dem Berliner Wasser auf das vollkommenste angepaßt ist.

Zunz Melange in den Preislagen: 4.50, 4.20, 3.80, 3.60, 2.80

Einmaliges Sonderangebot:

100 000 Packungen Kaffee für den halben Preis.

Gegen Abgabe des „Gutscheins“ erhalten Sie bis zum 12. Mai 1927:

1/2 Pfund Zunz Karlsbader Melange zu 25 Pfg. (Wundpreis M. 3.80)

Zunz Kaffee in allen Röstarten (naturell, Melange, sandiert) und allen Preislagen (von M. 2.20 aufwärts), erhältlich in den meisten Kolonialwaren-, Delikatessen- und Konfitüren-Geschäften Groß-Berlins und in den eigenen Zunz-Filialen.

A-Zunz sel. Wwe.

1/2 + 1/2 = 1

Bolek.

Novelle von Maxim Gorki.

Einer meiner Bekannten erzählte mir eines schönen Tages die nachfolgende Geschichte:

Als ich in Moskau studierte, wohnte ich einmal mit einer von „jenen“ — na, du verstehst schon — auf einem Flur zusammen. Sie war eine Polin und hieß Tereza. Ich wohnte in einer Dachstube, und ihre Tür lag der meinigen gerade gegenüber. Wenn ich wusste, daß sie zu Hause war, machte ich meine Tür am liebsten gar nicht auf. Zuweilen traf ich sie auf der Treppe oder im Hof, und mehr als einmal sah ich sie betrunken, mit glühenden Augen, zerzaust, geradezu widerwärtig grinsend... In solchen Fällen pflegte sie mich anzureden:

„Guten Tag, Herr Student, wie geht's Ihnen?“ Sie ließ dabei ein solches Lachen hören, das meine Abneigung vor ihr noch steigerte.

Eines Tages nun — ich lag noch halb angekleidet auf meinem Bett und suchte gerade nach einem Vorwand, um die Vorlesung zu schwänzen — öffnet sich plötzlich die Tür und diese abscheuliche Tereza rief mit ihrem Haß von der Schwelle her in mein Stübchen hinein:

„Guten Tag, Herr Student, wie geht's Ihnen?“

„Was ist Ihnen gefällig?“ fragte ich sie, ich sehe sie dabei an und bemerke einen besangenen gleichsam bittenden Zug in ihrem Gesicht.

„Sehn Sie, Herr... ich möchte Sie um was bitten... tun Sie mir doch den Gefallen!“

Ich stieg schweigend da und denke bei mir: „Spitzbubin! Das ist ein Attentat auf meine Tugend.“

„Ich muß nämlich 'nen Brief in meine Heimat schicken...“ fuhr sie fort, und ihre Worte klangen so flehend, leise, schüchtern.

„Und den soll ich Ihnen auflesen? Reintzweigen,“ dachte ich, „hol' dich der Teufel!“

Ich erhob mich, setzte mich an den Tisch, nahm einen Briefbogen und sagte:

„Kommen Sie nur herein — setzen Sie sich dahin und diktieren Sie mir!“

Sie nahm fast ängstlich auf dem Stuhle Platz, nach dem ich wies, und sah mich mit schuldbehafteter Miene an.

„An wen soll denn der Brief gehen?“ fragte ich.

„An Herrn Koleslaw Rasput, in der Stadt Swanzjanz wohnhaft mit der Warschauer Bahn.“

„Was soll ich schreiben? Legen Sie los...“

„Mein lieber Bolek! Mein Herz! Mein treuer Geliebter! Möge die Mutter Gottes dich beschützen! Du mein goldenes Herz, warum hast du schon so lange nicht an dein Täubchen Tereza geschrieben, die sich doch so nach dir sehnt...“

Ich wäre am liebsten in helles Gelächter ausgebrochen. Dieses „lehnfüchtige Täubchen“ von fast zwei Meter Höhe, mit der zehnfüßigen Riesentaube und dem schwarzen Schornsteinfegergesicht machte mir einen Heiden Spaß.

„Wer ist den dieser Bogdan?“ fragte ich, mit Mühe an mich haltend.

„Bolek, Herr Student, nicht Bogdan!“ versetzte sie, scheinbar beleidigt darüber, daß ich den ihr so teuren Namen verdrehte. „Es ist mein Bräutigam...“

„Ihr Bräutigam?“

„Gewiß doch! Wunder! Das Sie ja, Herr? Bin ich nicht ein junges Mädchen? Kann ich nicht 'nen Bräutigam haben?“

„Gewiß doch,“ sagte ich, „kann alles vorkommen. Wie lange ist er denn schon Ihr Bräutigam?“

„Seit sechs Jahren fast...“

„So, so!“ dachte ich bei mir.

Wir schrieben nun den Brief — einen so hübschen und gefühlvollen Brief, daß ich am liebsten selbst an Stelle dieses Bolek gewesen wäre, wenn eine andere als das Hünenweib da vor mir ihn an mich gerichtete hätte.

„Herzlichen Dank, Herr, für die Freundlichkeit,“ sagte Tereza beim Abschied. „Bleibst du nicht noch 'nen Augenblick?“

„Nein, ich danke ergebenst...“

„Wenn der Herr einmal ein Hemd oder eine Hose auszubessern hat...“

Ich fühlte, daß dieses Mastodon im Unterraum mich zum Errotten brachte und erklärte, daß ich seiner Dienste nicht bedürfte.

Sie empfahl sich und ging.

Bierzehn Tage waren vergangen. Es war Abend. Ich saß am Fenster und pfeife vor mich hin. Da kreischt die Tür in den Angeln — Gott sei Dank, es kommt jemand!

„Guten Abend, der Herr sind wohl sehr beschäftigt?“ Tereza. hm...“

„Beschäftigt? Das gerade nicht... Weshalb?“

„Ich hätte den Herrn sonst gebeten, mir noch 'nen Brief zu schreiben...“

„So — wieder an Bolek?“

„Nein, diesmal von Bolek...“

„Wo-as?“

„Ach, ich dummes Frauenzimmer hab' mich falsch ausgedrückt, Herr, entschuldigen Sie, diesmal soll der Brief nicht für mich sein, sondern für meine Freundin... das heißt, nicht für 'ne Freundin, sondern für 'nen Bekannten... Er schreibt nämlich nicht selber... und er hat 'ne Braut, die so heißt wie ich, Tereza... Also vielleicht schreiben Sie, Herr, 'nen Brief an diese Tereza?“

Ich sehe sie an, sie ist ganz verwirrt, ihre Hände zittern, und ihr Blick irrte unruhig hin und her. Ich glaube, ihre Absichten zu erraten.

„Ich will Ihnen was sagen, Verehrte,“ fahre ich auf sie los, „es gibt gar keinen Bolek und gar keine Tereza, das haben Sie sich alles aus den Fingern gelogen! Und was mich anbetrifft, so lassen Sie mich nur ungeschoren, ich will Ihre Bekanntschaft nicht...“

Sie erschrak förmlich, als ich sie so unherrliche, und verzog die Lippen in komischer Weise, als ob sie etwas sagen wollte, und es nicht herausbringen konnte.

„Aber, Herr Student,“ begann sie, und plötzlich, mit einer abweisenden Handbewegung, machte sie Kehrt und ging zur Tür hinaus. Ich blieb mit einem sehr peinlichen Gefühl in der Seele zurück. Ich hörte, wie sie die Tür ihres Zimmers laut zuschlug — sie war offenbar sehr aufgebracht über mich.

Ich überlegte einen Augenblick und entschloß mich, zu ihr hinüber zu gehen. „Wißt Sie zurückrufen,“ dachte ich, „und alles schreiben, was sie verlangt.“

Ich trat in ihr Zimmer und sah sie am Tische sitzen, den Ellenbogen aufgestützt, den Kopf in den Händen.

„Hören Sie doch mal,“ begann ich verlegen.

Sie war aufgesprungen und schritt mit blühenden Augen auf

Heil!

In der nationalsozialistischen Versammlung, die zum Verbot der NSD für Berlin-Brandenburg führte, wurde der Plarier Stuch mit Bierkeibel blutig geschlagen.



Sieg des Hakenkreuzes! Wodan hat Christus knock-out geschlagen!

mich zu. Sie legte mir ihre großen Hände auf die Schultern und begann zu flüstern — oder vielmehr mit ihrer Bassstimme zu brummen:

„Na, was ist denn nun großes? Was? Es gibt gar keinen Bolek, nein doch... Und auch keine andere Tereza gibt's... Was kann Ihnen denn aber dran liegen? Wird's Ihnen gar so schwer, mir die paar Zeilen zu schreiben? Ach, Sie... Noch dazu so'n hübscher Junge! Weder 'nen Bolek gibt's, noch 'ne Tereza — und ich ganz allein bin da. Na, und was schad's denn schließlich?“

„Erlauben Sie,“ versetzte ich, ein wenig verblüfft durch diesen Empfang. „Was heißt das, es gibt keinen Bolek?“

„Und eine Tereza — gibt's auch nicht?“

„Auch 'ne Tereza gibt's nicht, außer mir.“

Ich sah sie groß an und suchte zu begreifen, wer von uns beiden denn von Sinnen war. Sie trat wieder an den Tisch heran, frante dort eine Weile in der Schublade und kam dann zurück.

„Wenn's Ihnen schon so viel Mühe gemacht hat, an Bolek zu schreiben, dann nehmen Sie hier Ihren Brief zurück. Ich werde schon andere Leute finden, die mir 'nen Brief an ihn schreiben!“

Sie reichte mir ein beschriebenes Blatt. Ich sehe — es ist der Brief, den ich an Bolek geschrieben habe.

„Hören Sie, Tereza,“ sagte ich, „was bedeutet das alles? Warum sollen Ihnen andere Leute schreiben, wenn Sie den Brief, den ich Ihnen schrieb, nicht einmal abgeschickt haben?“

„Den Brief an Bolek? Aber es gibt ja keinen Bolek!“

Die Sache wurde mir immer rätselhafter. Wollte sie mich zum Narren halten? Am besten, ich lasse sie laufen und gehe meiner Wege. Doch ich sollte nicht länger im unklaren bleiben.

„Gibt's keinen Bolek — schön! Dann gibt's eben keinen,“ fuhr sie in getränktem Tone fort. „Ich will aber, daß es einen gibt. Bin ich denn nicht ein Mensch wie alle anderen? Freilich, ich weiß nicht... Aber es hat doch kein Mensch 'nen Schaden davon, daß ich ihm schreibe...“

„Erlauben Sie mal — wem denn?“

„Herr du meine Güte, dem Bolek!“

„Den es gar nicht gibt?“

„Jesus Maria, was schad's denn? Es gibt keinen Bolek, schön — und doch gibt's wieder einen! Ich schreib' doch an ihn... Das kommt doch schließlich darauf hinaus, daß er wirklich da ist! Und die Tereza — die bin ich selber, und er antwortet mir, und ich schreib' ihm wieder...“

Nun erst ward mir alles klar... und ich hatte ein so schmerzliches, peinliches Gefühl: auf demselben Hausflur, nur drei Schritte von mir entfernt, lebte ein Menschenkind, das niemand auf der weiten Welt hatte, der ihm liebevoll, herzlich, freundschaftlich begegnet wäre, und dieses Menschenkind war darauf verfallen, sich einen Freund zu — erfinden!

„Sie haben mir, sehen Sie, diesen Brief an Bolek geschrieben, und ich hab' mir ihn von jemand anders vorlesen lassen, und wenn man ihn mir vorliest, dann hör ich zu und denke, daß es wirklich einen Bolek gibt. Und ich bat Sie dann, mir auch 'nen Brief von Bolek an Tereza zu schreiben, das heißt eben — an mich zu schreiben. Und wenn man mir solch 'nen Brief schreiben und vorlesen wollte, wär ich schon ganz überzeugt, daß es 'nen Bolek gibt. Und das Leben wär mir dann um so viel leichter...“

Nun war's also heraus. Eine ganz merkwürdige Geschichte! Ich schrieb von jetzt an regelmäßig in jeder Woche zwei Briefe, einen von Tereza an Bolek und einen als Antwort von Bolek an Tereza. Ramentlich diese Antworten kostete ich sehr schön ab. Wenn

ich sie Tereza vorlas, hörte sie zu und schluchzte — ein merkwürdiges Schluchzen, im tiefen Haß und dafür, daß ich ihr durch meine Briefe an den Bolek ihrer Phantasie diese Tränen lockte, stopfte sie mir dann die Löcher in meinen Hemden und Strümpfen...

Drei Monate etwa nach dieser Geschichte sperrte man sie wegen irgendeiner Kleinigkeit ins Gefängnis — seitdem ist sie wahrscheinlich ganz verkommen.

(Mit Erlaubnis des Ball-Verlages, Berlin, der die gesamten Werke von Maxim Gorki herausgibt, dem Sammelbande „Die Holzflöte“ entnommen.)

Dichters Kampf um seinen Lohn.

Der Streit um die Verlängerung der Schutzfrist für die künstlerischen Urheberrechte wagt noch immer hin und her, und das Feldgeschrei „Sie 30 Jahre“ und „Sie 50 Jahre“ spaltete weite Kreise der literarischen Welt in zwei feindliche Lager. Unterdessen kämpft der junge Künstler weiter um sein kärgliches Brot, und es scheint, daß das alte Lied von „Lorbeerbaum und Bettelstab“ noch immer nicht verklungen ist. Lange Zeit sind die Dichter überhaupt um ihren irdischen Lohn betrogen worden, muhten den „irdischen Dornenweg“ gehen, von dem das Andersen'sche Märchen erzählt; sie kamen bei der Verteilung der Schätze dieser Welt zu kurz, wie es in dem bekannten Gedicht Schillers geschildert wird. Es hat eines 100jährigen Kampfes bedurft, um den Schutz des geistigen Eigentums zu erreichen; aber auch heute noch vermögen die gesetzlichen Bestimmungen nicht immer dem Künstler seinen Lohn zu sichern, so daß er in mannigfachen Organisationen zur Selbsthilfe greifen mußte. Dieses Ringen um die Rechte der Dichter behandelt Dr. Margot Jacobson-Goldstand in ihrem im Bert-Verlag erschienenen Buch „Die deutschen Dramatiker im Kampf um den Lohn ihrer Arbeit“, in dem nicht nur die Bestrebungen der Bühnenschriftsteller, sondern der Schriftsteller überhaupt berücksichtigt werden.

Solange die Vervielfältigung der geistigen Werke nur handschriftlich geschah, konnte der Gedanke an die materielle Wertverwertung literarischer Erzeugnisse nicht entstehen, und auch in der „Antunabezeit“ bis zum Ende des 15. Jahrhunderts hatte das Buchgeschäft nur geringe Ausdehnung. Es bildete sich allmählich ein neuer Berufsstand, der den Schutz des geistigen Eigentums zu erreichen; aber auch heute noch vermögen die gesetzlichen Bestimmungen nicht immer dem Künstler seinen Lohn zu sichern, so daß er in mannigfachen Organisationen zur Selbsthilfe greifen mußte. Dieser Kämpfer sein Recht durch Privilegien zu schützen, die vom Staat freigebig erteilt wurden; aber ihm erwich bald ein Feind in dem Nachdrucker, der sich an die in einem anderen Staat erteilten Privilegien nicht lehrte. Luther ist der erste gewesen, der sich heftig gegen die Nachdrucker wandte. Bedeutamer aber ist noch, daß er, der für sich auf die Bezahlung seiner Schriften verzichtete, doch sein Autorrecht verteidigte und damit die Allmachtstellung des Verlegers angriff, die bis ins 18. Jahrhundert unerschütterlich blieb. Erst dann begann sich allmählich der doch so selbstverständliche Gedanke durchzusetzen, daß der Verfasser die alleinige Verfügung über seine Schöpfung besitzt und den Gewinn daraus ziehen kann. Veffing trat energisch gegen die Zumutung auf, der Autor solle den Lohn seiner Arbeit in der Ehre sehen. „Wie?“ fragt er, „es sollte dem Schriftsteller zu verdanken sein, wenn er sich die Geburten seines Kopfes so einträglich zu machen sucht, als nur immer möglich? Weil er mit den edelsten Kräften arbeitet, so er die Befriedigung nicht genießen, die sich der größte Handwerker zu verschaffen weiß: seinen Unterhalt seines Fleisches zu verdanken.“ Auch die anderen deutschen Klassiker haben ihre Rechte wahrgenommen. Wieland und Schiller waren recht geschäftstüchtig, und Goethe konnte gegen seine Verleger sehr unangenehm werden.

Im Ausland hatte man schon früher dem Urheber seine Rechte zuerkannt. In England geschah dies 1709, und es wurde eine Schutzfrist von 14 Jahren, vom Tage der Veröffentlichung an, festgesetzt. In Frankreich setzte sich das Urheberrecht während der Revolution durch. Unter den deutschen Staaten hat zuerst Preußen im Allgemeinen Landrecht von 1794 das Recht des Autors anerkannt, wenn es auch freilich die Vorrechte des Verlegers nicht abschaffte. Die anderen deutschen Staaten sind diesem zögernden Vorbild nur langsam gefolgt, und erst der Bundesbeschluss von 1837 sicherte dem Schriftsteller das Verfügungsrecht über seine Arbeit für zehn Jahre, eine Bestimmung, die dann 1841 auf den Dramatiker ausgedehnt wurde. Die Entlohnung der Bühnenschriftsteller für die Aufführungen erfolgte durch eine einmalige Zahlung für das Manuskript, die aber nur für die Uraufführung geleistet wurde, während die anderen Bühnen sich dann ohne Entgelt des Stüdes bemächtigten. Auch nach 1841 war das Aufführungsrecht nur geschätzt, wenn das Stück noch nicht im Druck erschienen war. Die Zahlung einer „Tantieme“, eines Anteils an dem Gewinn, ging von Frankreich aus, wo zuerst der Theaterdichter Quinault schon im 17. Jahrhundert diese Einnahme durchsetzte. Der eigentliche Vorläufer der Tantieme aber war Beaumarchais; er erhielt für seinen „Figaro“ sieben Prozent der Bruttoeinnahme der Abendkasse. In Deutschland haben zuerst das Burgtheater und das Berliner Hoftheater freiwillig Tantiemen gezahlt. Diese Neugestaltung der Honorierung wurde in der Presse mit Freude begrüßt. „Auch in Deutschland hängt man an, einzusehen, daß es gut ist, den dramatischen Dichter nicht verhungern zu lassen,“ schrieb damals Hebbel. Die 30jährige Schutzfrist für das geistige Eigentum wurde durch das Reichsgesetz von 1870 ausgesprochen, und eine internationale Regelung erfolgte in der „Berliner Übereinkunft“ von 1886. Damit hatten nach 100-jährigem Kampf die deutschen Schriftsteller endlich den Schutz ihres geistigen Eigentums erreicht.

Der Farbenwandel des Hundsternes. Das Hundstern, der Sirius, nach dem wir die größte Hitze des Jahres, die Hundstagen nennen, ist zu seiner Bedeutung durch die rötliche Farbe gekommen, die er früher aufwies. Heute aber zeigt dieser hellste aller Fixsterne nichts mehr von dieser Färbung. Haben sich nun die alten Astronomen in ihrer Beobachtung geirrt oder ist tatsächlich ein Farbenwandel bei diesem Stern in geschichtlicher Zeit eingetreten? Dieser wichtigen Frage hat der amerikanische Astronom T. J. See eine eindringliche Untersuchung gewidmet, deren Ergebnisse Prof. Rahnmann im „Naturforscher“ beiprucht.

Ptolemäus, einer der berühmtesten Astrologen des Altertums, der um 130 n. Chr. in Alexandria wirkte, zählt sechs Sterne als feuerrot auf, darunter den Sirius. Man hat, weil man sich diese Charakterisierung des Hundsternes nicht erklären konnte, die Stelle für verderbt erklärt. Seneca betont, daß am Himmel nicht einerlei Farbe herrsche, sondern der Sirius sei noch röter als der Mars und der Jupiter rein weiß. Dagegen weiß der große persische Astronom Al Sufi um das Jahr 980 n. Chr., der die Farbe der Sterne eingehend behandelt, nichts mehr von der Röte des Sirius zu erzählen. Dennoch kann es als erwiesen gelten, daß der Hundstern zur Zeit des klassischen Altertums wirklich rot gewesen ist, daß aber die Röte bald nach dem 4. Jahrhundert nachließ und jedenfalls nicht mehr auffiel. Nun hat die moderne Sternforschung nachgewiesen, daß die Sterne zuerst rot, dann bei fortschreitender Zusammensetzung gelb und im Stadium größter Hitze weiß sind, während sie dann wieder über Gelb zum Rot und schließlich zur gänzlich dunklen Dämmerung gelangen. Diese Wandlung vom Stadium der Rotglut bis zur höchsten Weißglut scheint sich nun am Sirius in geschichtlicher Zeit, in einer Epoche von weniger als 1000 Jahren vollzogen zu haben.

Die amerikanischen Wohnungsbauten.

Die Schwierigkeiten behoben?

Nach den vielfachen Mitteilungen, die in den letzten Tagen verbreitet wurden, schien das Angebot der amerikanischen Schapman-Gesellschaft, in Berlin für rund 184 Millionen Mark 14 000 Wohnungen zu bauen, ernsthaft bedroht zu sein. Die Widerstände lagen weniger bei der Stadt Berlin, die nach sorgfältiger Prüfung mit den Grundzügen des Angebots wohl längst einverstanden war. Sie lagen vielmehr offenbar, abgesehen von dem aus privaten Terrain- und Baukosten kommenden sehr scharfen Widerstand, beim preussischen Wohlfahrtsministerium, das an ersten sachlichen Bedenken nach seiner Überzeugung nicht glaubte vorübergehen zu dürfen. Diese Bedenken scheinen allerdings gegenüber der Stadt Berlin gelegentlich in einer Form und mit einem Nachdruck geäußert worden zu sein, der für die sachliche Behandlung einer so ernsten Frage etwas ungewöhnlich war. Der Plan Berlins,

auch Hauszinssteuergebel

für die Durchführung des Amerikanerprojektes zu verwenden, auf der anderen Seite der Ansicht, als ob der offizielle Bauplan gefährdet würde, mag wirklich zunächst Bedenken ausgelöst haben, die überwunden werden mußten.

Es hat nun aber den Anschein, als ob die Hauptschwierigkeiten behoben seien. Auf der einen Seite dürfte die Annahme und Genehmigung des amerikanischen Projektes nicht mehr davon abhängig sein, ob Hauszinssteuererwerbungen finden oder nicht. Das ist um so natürlicher, als die in den amerikanischen Vorschlägen vorgesehenen Mieten von der Verwendung von Hauszinssteuererwerbungen unabhängig sind. Auf der anderen Seite hat das Wohlfahrtsministerium wohl einige Tatsachen übersehen, die wichtig sind, ohne daß sie schon sofort erkennbar wären, wenn nicht die Unterlagen der beabsichtigten Baudurchführung näher geprüft werden. So sieht der

offizielle Bauplan

für das Schöneberger Gelände 6 1/2 Millionen Kubikmeter Bauraum vor, und da die Absicht auf vierstöckige und nicht auf dreistöckige Häuser berechnet ist, schien es so, als ob diese Ziffer überschritten, die Freifläche also verknappert werde. In der Tat aber bleibt die Kubikmeterzahl mit rund 4 Millionen beträchtlich hinter dem Bauplan zurück, weil der amtliche Plan auch Hinterhäuser vorsah, die bei dem neuen Bauprojekt vollständig wegfallen. Darüber hinaus sieht das Bauprojekt rund doppelt soviel Grünfläche vor als der offizielle Bauplan. Ein sachlich sehr wichtiges Moment, das auch der Öffentlichkeit bisher noch nicht voll erkennbar war, ist die Tatsache, daß die

Schrebergärten zum größten Teil auf dem Baugelände erhalten bleiben werden.

Es sind 2500 neue Schrebergärten vorgesehen, und ihre vollständige Einrichtung ist auch mit mehreren Millionen Mark in das Projekt einfließen lassen. Soweit hinsichtlich der Kontrolle Bedenken bestanden, scheinen auch diese überwunden zu sein. Der amerikanische Bauherr wird eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht begründen, in dessen Aufsichtsrat durch entsprechende Befugnisse alle Kontrollwünsche ihre Befriedigung finden sollen. Im übrigen hat sich an dem amerikanischen Angebot, dessen Einzelheiten der Öffentlichkeit bekannt sind, inzwischen nichts geändert. Es sollen nur auf dem Schöneberger Gelände jetzt nicht sofort 14 000 Wohnungen, auch nicht 12 000, wie früher beabsichtigt, sondern nur 10 000 Wohnungen errichtet werden, während die restlichen 4000 da gebaut werden sollen, wo es die Stadt Berlin wünscht, um auch anderswo zusätzliche Wohnmöglichkeiten zu schaffen.

Die die Dinge jetzt liegen, ist zu erwarten und zu hoffen, daß das amerikanische Angebot wohl bald angenommen werden wird.

Die amerikanische Firma war bekanntlich wegen der Einhaltung bestimmter Absichten genötigt, bis zum 10. Mai eine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Angebots zu erbiten. Diese Befristung stand nicht ganz außer Zusammenhang mit einer anderen Frage, die ebenfalls in der Öffentlichkeit erhebliche Beunruhigung hervorgerufen hat und die auch die Behörden zunächst in ihrer Stellungnahme beeinflussten. Das war

die Frage der Baustoffpreise und die Entwicklung des Baustoffmarktes

für den Fall, daß das Projekt zur Durchführung kam. In diesem Punkte scheint die Beunruhigung der Öffentlichkeit sehr viel größer gewesen zu sein, als es im Zusammenhang mit den amerikanischen Vorschlägen berechtigt war. Soweit die Baustoffpreise in die Höhe getrieben worden sind, war natürlich die Erwartung der privatkapitalistischen Interessenten mitbestimmend, daß der nicht unerhebliche Baubedarf für die 14 000 Wohnungen das Angebot knapp werden lassen wird. Wahrscheinlich dürfte es aber so sein, daß sich die privatkapitalistischen Interessenten gründlich verrechnen, denn nach unserer Kenntnis ist die Vorsorge für die Durchführung der Bauten so ausreichend getroffen, daß die Baustoffspekulantanten nicht auf ihre Rechnung kommen werden. Wenn der Berliner Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung sich deshalb mit der Entscheidung über die Projekte befassen werden, so wird ein großer Teil der bisher vorhandenen Bedenken weggefallen sein. Besonders erfreulich ist es, daß die keineswegs leicht zu nehmende Frage der Gartenbesitzer und Landpächter auf dem Schöneberger Gelände jetzt schon eine Lösung gefunden hat, die auch die Kleinrentner selbst befriedigen muß. So wenig die Notwendigkeit einer ausreichenden Wohnungsfürsorge grundsätzlich durch sie hätte behindert werden dürfen, so selbstverständlich mußte ihren Wünschen, soweit es irgend möglich ist, Rechnung getragen werden. Das versteht sich von selbst.

Rum ist es allerdings noch weit bis zu dem Augenblick, wo die neue Stadt, denn um eine solche handelt es sich wirklich, bezogen werden kann. Die Arbeiten werden sich auf längere Zeit verteilen, wenn es auch nicht drei Jahre dauern wird. Auch in der Bauausführung werden noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Wir haben immer betont, daß die Wichtigkeit des amerikanischen Projektes keineswegs allein in dem beschleunigten Zuwachs neuer Wohnungen liegt, sondern vor allen Dingen in dem

Einbruch in die bisher üblichen Baukalkulationen und Baumethoden.

Das gibt dem Geschäft, wenn es zustande kommt, auch einen höheren Sinn. Und zwar um so mehr, als es dann nicht bei den Berliner Bauten bleiben wird, sondern noch große Bauten in anderen Städten und Landteilen folgen können. Es ist doch sehr beachtlich, wenn man hört, daß die deutschen Firmen den Kubikmeter umbauten Raum früher mit 32 Mark errichteten, daß dann gegenüber den Amerikanern Angebote für 29 Mark gemacht wurden mit dem Hinzufügen, daß man bei 28,70 Mark schon zugrunde gehe und daß schließlich Angebote zwischen 25 und 26 Mark möglich waren, also eine Preisreduktion um über 15 bis 20 Proz. Selbst wenn aber beim Einfließen aller Risiken die Kalkulation zunächst etwas höher lauten sollte, so liegen in der organisierten Beschaffung des Baumaterials und in dem planmäßigen Aufbau der Baustellenarbeit noch unausgeschöpfte Reserven, die die zum Teil heute nicht übersehbaren Risiken erheblich herabmindern können. Selbstverständlich wird der amerikanische Bauherr, der sich seinerseits ja auch von den Bauausführenden alle Garantien lassen wird, bei der Verteilung der Risiken scharf herangezogen werden müssen.

ungelesene Arbeiter; davon in den Produktivbetrieben 503 Personen.

Eine wesentliche Erstarbung der Genossenschaften weisen die Bilanzen aus. Unter den Aktiven betragen die Betriebsbestände 9 331 442 M., die angelegten Kapitalien 2 234 108 M., der Grundbesitz 11 075 791 M., die verfügbaren Werte 6 852 182 M. und die Forderungen 601 438 M. Unter den Passiven die eigenen Betriebsmittel 5 714 594 M., ausgenommene Betriebsmittel 16 927 702 M., darunter 16 828 457 M. Spareinlagen (im Vorjahre 10 523 684 M.). Die Grundschuldschulden erhöhten sich durch Aufwertung von 1 423 150 M. auf 2 138 890 M., an Verbindlichkeiten werden nachgemessen 2 986 199 M. Die Differenz zwischen Aktiven und Passiven ist die Erübrigung und der den Mitgliedern zustehende Sparabatt in Höhe von 2 264 131 M., gegen 1 567 448 M. im Vorjahre.

Es haben sich demnach die Konsumgenossenschaften auch während der Wirtschaftskrise als der starke Fels erwiesen, an dem alle Lohn- und Gehaltsempfänger in den Zeiten der Not einen festen Rückhalt finden. Der Gedanke genossenschaftlicher Zusammenarbeit hat tiefe Wurzeln im deutschen Volk und besonders in den erwerbstätigen Kreisen geschlagen.

Der Aufstieg notleidender Kohlenkonzerne.

Die Bergbau-Aktien-Gesellschaft Lothringen zu Hannover, ein lange notleidender großer Montan-Konzern, liefert in ihrem Jahresabschluss den Beweis, wie sich eine systematische Umstellung, begünstigt von guter Konjunktur, im privatkapitalistischen Sinne günstig auswirken kann. Das Unternehmen, das sich früher durch eine ungeheure Ausdehnungspolitik mit einer Anzahl unrentabler Gesellschaften belastet hatte, verzeichnete 1925 noch große Verluste.

Von 1925 an begann die Gesellschaft ihre Betriebe umzugestalten, durch neue Kraftwerksanlagen und Kesselhausbauten zu modernisieren, und mit der Inbetriebsetzung des neuen Stahl- und Walzwerks in Bochum kann der Umstellungsprozess als beendet angesehen werden. In welcher Höhe Neuinvestitionen erfolgten, zeigt das Anlagenkonto, das von 68,8 auf 76,1 Millionen erhöht wurde und gegenüber 1924 um 20

Millionen gestiegen ist. Die Erfolge der Rationalisierung, die in der diesjährigen Bilanz zutage treten, sprechen für sich. Der Jahresabschluss für 1925 wies einen Verlust von 8,83 Millionen auf, der nur durch Auflösung der Reservefonds von 5,8 Millionen und Heranziehung des Gewinnvorrates von 1924 auf 1,93 Millionen Mark gelöst werden konnte. Gegenüber 1925 hat sich 1926 der Rohgewinn jetzt mit 15,75 Millionen Mark mehr als verdoppelt, wogegen die Generalunkosten mit 2,57 Millionen nach dem Bericht des Vorstandes verringert werden konnten. Nach Vornahme von 3,88 Millionen Mark Abschreibungen, die gegenüber dem Vorjahre um 56 Proz. erhöht werden konnten, verbleibt jetzt ein Reingewinn von 2,15 Millionen Mark, der zur Tilgung des Verlustes verwandt und mit seinem Rest auf neue Rechnung vortragen wird.

Wenn auch bei der Gegenüberstellung der 23,8 langfristigen und 16,3 laufenden Verbindlichkeiten mit den 13,0 Millionen Guthaben die Finanzlage angespannt erscheinen mag, so ist dies bei der Anlage der langfristigen Schulden in werbenden und rentablen Betrieben nicht von Bedeutung. Das Wertpapier- und Beteiligungskonto hat sich durch die Aktien der Eisen- und Hüttenwerke A.-G. (Hösch) von 28,1 auf 30,6 Millionen erhöht, liegt aber weit unter den 1924 ausgewiesenen Beteiligungen von 41,3 Millionen, von denen die unrentablen abgestoßen wurden.

Sehr interessant sind die Auswirkungen der Betriebsumstellungen auf die Leistungen der Belegschaften und die Höhe der Belegschaftskosten. Die Kohlenförderung hat sich mit 2,18 Millionen Tonnen gegenüber 1924 verdoppelt, wobei der Wirkungsgrad pro Mann und Schicht sich in einem Jahre um 50 Proz. erhöhte. Die Holzkosten konnten pro Tonne Förderung von 1,25 auf 0,70 M. und die Sprengstoffkosten von 0,33 auf 0,24 M. gesenkt werden.

Die im Jahre 1925 von 9708 auf 6778 Mann verringerte Belegschaft wurde 1926 durch die einsetzende Konjunktur und die Betriebsvermehrungen mit 9294 Köpfen ihrem alten Stande wieder angenähert. Hinter der Steigerung der Produktion bleibt die Belegschaft aber erheblich zurück. Da die Rationalisierungsgewinne sich noch weiter auswirken werden, werden die Belegschaften, die auch hier bei der Rationalisierung zu kurz gekommen sind, der Verwaltung des Lothringen-Konzerns die Rechnung noch zu präsentieren haben.

Die Geschäftslage bei Himmelsbach.

Für die demnächst stattfindende erste Gläubigerversammlung der unter Geschäftsaufsicht stehenden Firma Gebrüder Himmelsbach A.-G., Freiburg, sind einige Ziffern über die Lage der Firma bekanntgegeben worden. Die Großbankschulden werden auf 8,5 Millionen und die Schulden an ausländische Gesellschaften auf etwa 3 Millionen Mark beziffert. Als Hauptvermögen werden die Erbschaftsprüfung der Gesellschaft an das Reich und verschiedener Länder angesehen. Die Beteiligung an der Kologer A.-G. wird auf 1,2 Millionen Mark geschätzt; bei der Liquidation dieser Gesellschaft werden gewisse Rückzahlungen erwartet.

Infolge der Geschäftsaufsicht war die Gesellschaft gezwungen, einem großen Teil des Personals und der Belegschaft zu kündigen. Den in der Freiburger Zentrale beschäftigten 300 Angestellten ist sämtlich gekündigt worden. Der Arbeiterstand der in normalen Zeiten 3000 Mann betrug, war schon in den letzten Jahren auf 1500 Mann reduziert worden; auch dieser ist nun zum größten Teil gekündigt. Der gegenwärtige Auftragsbestand, besonders für Reparationsleistungen, ist günstig, doch können die Aufträge wegen der schlechten Finanzlage nur zum kleinsten Teil durchgeführt werden.

Die Reichspost verschweigt ihre Märzbilanz. Die Beschäftigungslage der Reichspost im Monat März läßt weiter eine recht günstige Entwicklung erkennen. Auf keinem nennenswerten Gebiet sind Rückgänge der Beschäftigung eingetreten. Dagegen hat der Briefverkehr um 5,5 Proz., der Verkehr mit Einschreibbriefen und Postaufträgen um je 0,7, der Paketverkehr um 7,0, die Zahl der Postfachkonten um 0,4, der Fernsprechkonten um 0,6, der Auslandsfunkverkehr um 6,7 und die Zahl der Rundfunkteilnehmer um 3,3 Proz. zugenommen. Auch die Personenbeförderung im Kraftverkehr hat sich auf 3,28 Millionen Personen gesteigert. Ende März waren 323 707 Personen gegen 319 916 Ende 1926 beschäftigt. Entsprechend ist auch eine Steigerung der Einnahmen zu erwarten. Da der März aber der Jahresabschlussmonat ist, verschweigt die Reichspost ihre Einnahmen- und Ausgabenlisten. Sie handelt nicht gut daran, da die Öffentlichkeit ihrer Politik neuerdings mit großem Mißtrauen gegenübersteht. Sie stärkt damit die Vermutung, daß die Bilanz „bereinigt“ werden soll zu dem Ende, die Notwendigkeit der Tarifserhöhungen und die Überflüssigkeit der früher geplanten 300-Millionen-Anleihe zu „beweisen“.

Große Umstellungsvorläufe bei Hirsch-Kupfer. Der Jahresbericht der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. für 1926 schließt nach außen hin überraschend mit dem sehr großen Verlust von 3,67 Millionen Mark, nachdem in den beiden Vorjahren Gewinne von 771 000 und 850 000 Mark ausgewiesen worden waren. Dieser Verlust im Hirsch-Kupfer-Konzern ist aber kein echter Verlust, sondern Ausdruck einer stillen Sanierung, die der Konzern durch sehr hohe außerordentliche Abschreibungen auf stillgelegte Werke in Reutlingen und Reindorf vornimmt. Das Betriebsergebnis selbst lautet nach Vornahme der ordentlichen Abschreibungen noch auf einen Reingewinn von 500 000 Mark. Die außerordentlichen Abschreibungen auf Grundstücke von 0,35 Millionen, auf Gebäude von 2,45 Millionen, auf Maschinen von 0,50 Millionen und auf Beteiligungen von 0,87 Millionen sind der finanzielle Ausdruck der Zusammenfassung und Neuorganisation der Konzernenergieerzeugung in weniger Betrieben mit starker Ausnutzung. Die Erzeugung ist jetzt im Messingwerk Obersulze und in Ilfenburg zusammengefaßt. Doch nicht ungünstig gearbeitet worden ist, zeigen die fast auf die Hälfte (1,43 Millionen) gesunkenen Kosten. Auch die Verpflichtungen einschließlich der Bankschulden sind nicht unerheblich zurückgegangen, wenn auch die Akzeptschulden von 1,46 auf 3,76 Millionen angewachsen sind. Bei Hirsch-Kupfer wie bei der Halbmetalindustrie überhaupt ist zu berücksichtigen, daß die vorjährige Krise sich ganz besonders schwer auswirken mußte, weil die Halbmetalindustrie nicht nur aus konjunkturrempfindlicher ist als z. B. die Maschinenindustrie, sondern weil die Auswirkung des englischen Bergarbeiterstreiks an ihr zunächst spurlos vorübergehen mußte und weil die Bemühungen um Zusammenklüffe und Kartellbildungen im wesentlichen erfolglos blieben. Aber auch in der Messingindustrie hat im neuen Jahr der Wiederaufschwung stark eingesetzt. So berichtet die Hirsch-Kupfer Messingwerke A.-G., daß der Inlandsverbrauch wieder dieselben Ziffern erreicht hat wie vor der letztjährigen Krise und daß der Konzern in den letzten Monaten Aufträge bereingeholt hat, die für drei bis vier Monate volle Beschäftigung für die etwa 4000köpfigen Belegschaften sichern.

Verband ostdeutscher Konsumvereine.

Reinigung der Mitgliederlisten. — 15,8 Proz. Umsatzsteigerung.

Der Jahresbericht des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine e. V. für 1926 ist jetzt erschienen. In der Einleitung geht der Bericht auf die allgemeine Wirtschaftslage ein, die besonders durch die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gekennzeichnet ist, so daß die Kaufkraft großer Teile des Volkes auf das Existenzminimum herabgedrückt wurde. Jede Verminderung der Kaufkraft muß sich bei den Konsumgenossenschaften besonders bemerkbar machen, da zirka 70 Proz. aller Mitglieder gegen Gehalt oder Lohn in gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind.

Aus dem Jahresbericht geht aber auch hervor, daß die Genossenschaftsleitungen mit großer Energie bemüht waren, sich den Verhältnissen anzupassen und darüber hinaus sie zu meistern. Es ließ sich jedoch nicht verhindern, daß die Mitgliederzahl um einige Tausend zurückging, da in Zeiten der Zwangswirtschaft oder in der Inflationszeit auch Bevölkerungsschichten in die Genossenschaften gingen, die jetzt, da reichlich Waren angeboten werden, das Interesse an genossenschaftlichen Zusammenschlüssen verloren haben und aus der Gemeinschaft der Verbraucher ausgeschlossen werden müssen.

Die Mitgliederzahl betrug im Berichtsjahr 1926 337 879, gegen 365 856 im Vorjahre; es ist demnach ein Rückgang um 7,6 Proz. eingetreten. Trotz der Verminderung der Mitgliederzahl ist aber der Umsatz wesentlich gestiegen. Er betrug im eigenen Geschäft 65 591 523 M., gegen 56 628 448 M. im Vorjahre; das ist eine Steigerung um 15,8 Proz. Eine erhebliche Steigerung weist auch der Wert der in den genossenschaftlichen Produktivbetrieben hergestellten Waren auf, der von 14 264 610 M. im Vorjahre auf 16 332 748 M. gestiegen ist. Davon entfallen auf die Produktion der Bäckerei 12 079 762 M. (11 734 750 M. im Vorjahre), auf die Fleischereien 1 351 927 M. (1 135 503 M. im Vorjahre) und auf die Nebenbetriebe wie Seltenerwasserfabrikation, Raffinerie, Mühlenbetriebe usw. 2 901 009 M. (1 349 830 M. im Vorjahre). Beschäftigt wurden insgesamt 3813 kaufmännische Angestellte, gewerbliche und

Chlorodont

Zahnbürsten



Zahnpaste

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Gebisses gut an, dringt in die engen Zahnzwischenräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahnsteinansatz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenbüschel erfasst und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahnfleisches befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schon den kostbaren Zahndmelz, verleiht den Zähnen elfenbeinartigen Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt üblen Mundgeruch bei herrlich erfrischemdem Pfefferminzgeschmack.

Chlorodont-Zahnbürsten 70 Pf. und Mk. 1.25. Chlorodont-Zahnpaste 60 Pf. und Mk. 1.00.